

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgebühren),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Maurer Deutschlands,
Hamburg 1.

Schluß der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr.
Preis-Anzeigen
für die dreizehnpaltigen Beilagen oder deren Raum 30 A.

Ein Sohn des Volkes.

(Zu August Bebel's siebzigstem Geburtstag am 22. Februar 1910.)

Am 22. Februar wird August Bebel siebzig Jahre alt. Kein Tag gibt der Arbeiterpublizistik größeren Recht als dieser, die Unrast ihres gerechten und notwendigen Kampfes durch eine kurze Pause zu unterbrechen und in dieser etwas Einzelschicksals zu gedenken, das in so mannigfacher Hinsicht die Inkarnation des Wachstums und Wirkens der Arbeiterbewegung selbst ist. Wir können von jenem Rechte Gebrauch machen, ohne befürchten zu müssen, dem Schicksale bürgerlich-konventioneller Heroenverehrung zu verfallen, das im günstigsten Falle darin besteht, als schellenlauter Reflektor durch die Gassen zu traben, und im schlimmsten und häufigsten darin, die geschichtliche Wahrheit zu vergewaltigen, stets aber mit dem Bewußtsein, von keinem Menschen ernst genommen zu werden. Wenn wir in Gemeinschaft mit der ganzen vom sozialistischen Geiste durchtränkten Arbeiterschaft den siebzigsten Geburtstag unseres August Bebel feiern, so bedeutet das doch etwas mehr: In August Bebel sieht die deutsche Arbeiterklasse ihren vornehmsten Repräsentanten, ihren begabtesten Führer, die größte politische Persönlichkeit, die bisher aus ihr hervorgegangen ist. In August Bebel erblicken wir mit Stolz den Typ des modernen deutschen Arbeiters; in seinem Leben sind all die Erbeie zur herrlichsten Frucht gereift, die heute in der Arbeiterklasse wirksam sind, die in ihr wirksam wurden, als sie ihre hohe geschichtliche Mission erkannte, die Vorkämpferin zu sein für eine neue Epoche menschheitlicher Kultur. Nämlich jener Erbeie, die geistig zu befreien, sich die höchsten Resultate der Wissenschaft anzueignen, sich fähig zu machen zur selbständigen Vertretung ihrer Interessen gegenüber einer Welt von mächtigen und struppelosen Feinden.

Dieser Drang, der uns heute in der Arbeiterbewegung auf Schritt und Tritt begegnet, ist es, der in August Bebel so mächtig war und ist und der ihn zu jener Höhe des öffentlichen Lebens führte, auf der er nun seit mehreren Jahrzehnten steht.

August Bebel ward am 22. Februar 1840 zu Deuß-Eöln geboren. Er war das Kind eines armen Unteroffiziers. Zunächst besuchte er die Dorfschule in Brauweiler, später die Bürgerschule in Wehlar. Aus der Schule entlassen, erlernte er das Drechslerhandwerk, kam nach mannigfachen Wanderungen im Jahre 1860 nach Leipzig, wo er von da an auf lange Zeit seinen dauernden Wohnsitz nahm. Einige Jahre später richtete er sich eine eigene Werkstätte ein und wurde Drechslermeister. Der Drechslermeister August Bebel! Wie Kleinbürgerlich sollte mag das zuerst gerungen haben, wie harmlos und friedfertig. Aber wie bald ward der Name zum Stichwort der neuen Macht, die aus den Tiefen der Gesellschaft heraufstieg, der Schreden der einen, die Hoffnung der andern. Wenn irgend ein Schulmeisterlein nach altem, schlechtem Brauch sein Erziehungswerk in den Dienst ordnungspolitischer Propaganda stellte, so nannte er Bebel's Namen: Bebel wurde in den Gemütern der mehr oder weniger andächtig laufhenden Kinder der Inbegriff unbilligster, vermessener Frevel. Wenn ein Proletarier zu seinen Lebensbrüdern von dem neuen Evangelium der Arbeit sprach, sprach er sicher von Bebel, dem beredten Fürsprecher der Armen und Glenden, dem kühnen Vorkämpfer der sozialen Gerechtigkeit. So wurde Bebel's Name der Inbegriff

der Arbeiterbewegung und ihrer leitenden Idee, des Sozialismus, so verlor er bald alles harmlos-kleinbürgerliche und ging wie das Brausen des Zeitgeistes durch die Welt.

Eben hatte Lassalle seinen weltgeschichtlichen Weckruf, das offene Antwortschreiben, in das Land gehen lassen, da begann Bebel's politische Tätigkeit größere Bedeutung zu gewinnen. Im Arbeiterbildungsverein zu Leipzig wirkte er mit solchem Eifer, daß er bald, als Dreizehnzehnjähriger, in die Leitung des Vereins kam. Der Lassallischen Agitation gegenüber verhielt er sich ablehnend, sein Sinn war fast allein auf die Bildungs- und Erziehungsarbeit gerichtet. Aber dem Sozialismus konnte er dadurch nicht entgehen, daß war für Bebel unmöglich. Er kommt mit dem aus dem Exil zurückgekehrten Wilhelm Liebknecht zusammen, der in London zu Margens Füßen gesessen hatte, und dies Zusammentreffen wird zum entscheidenden Ereignis in seinem Leben. Die Vereinstage der Deutschen Arbeitervereine, an denen Leute wie Max Hirsch und Leopold Sonnemann teilnahmen, wurden zu Markzeichen für Bebel's Entwicklung zum Sozialismus. Im Jahre 1867 wurde Bebel auf den Namen der sächsischen Volkspartei in den Norddeutschen Reichstag gewählt, wo er außer Schrapz, der aber nie sonderlich hervortrat, der einzige Arbeiterabgeordnete war. Damit begann seine parlamentarische Tätigkeit, die er von da an — die Unterbrechungen durch den Aufenthalt im Gefängnis abgerechnet — nie wieder einstellte. In diesen Jahren vollzog er seinen vollständigen Bruch mit den verdächtigen „Arbeiterfreunden“ der bürgerlichen Opposition, der äußerlich seinen Ausbruch durch die Annahme des Programms der Internationale durch den Nürnberger Vereinstag Deutscher Arbeitervereine fand. Im folgenden Jahre konstituierte sich unter Bebel's Vorhild die sozialdemokratische Partei. Ein schwerer Sturm ging über Bebel und Liebknecht hinweg, als sie beide im Jahre 1870 die Kriegsanleihe im Reichstage ablehnten. Sie boten ihm Trost; doch die Folge war der große Hochverratsprozeß vom Jahre 1872, der mit der Verurteilung von Bebel und Liebknecht zu zweijähriger Festungshaft endete, wozu noch neun Monate Gefängnis wegen Beleidigung des alten Wilhelm kamen. Das Gericht erkannte beiden auch das Reichstagsmandat ab, doch wurden sie mit großer Mehrheit wiedergewählt. Dann kam das Sozialistengesetz, das der Behörde die Handhabe bot, Bebel aus Leipzig auszuweisen. Im Jahre 1886 wurde er wegen Geheimbündelei zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Längere Zeit war Bebel der Finanzminister der Partei. Der Parteitag vom Jahre 1890 wählte ihn zum Parteivorstand. Aus Bebel's parlamentarischer Tätigkeit ragen besonders seine sozialpolitischen Anträge und Gesetzentwürfe, seine scharfe und mutige Kritik der Soldatenmishandlungen und seine großen Etatsreden hervor, die jedesmal glänzende Leistungen waren und oft — wie die Rede im Jahre 1903 gegen das persönliche Regiment — zu einer Höhe aufwuchsen, die ihnen eine Bedeutung weit über die Sageskämpfe hinaus gab.

Bei dieser gewaltigen Last, die auf Bebel's Schultern ruhte, fand er noch Zeit zu einer so fruchtbaren schriftstellerischen Tätigkeit, daß man oft im

Zweifel sein kann, wenn man mehr Anerkennung zollen soll, Bebel dem Politiker und Agitator, oder Bebel, dem Publizisten. Die größte Verbreitung hat wohl sein jetzt in fünfzigster Auflage erschienenen Buch „Die Frau und der Sozialismus“ gefunden, das, wie so manchem, auch dem Schreiber dieses zuerst die Schönheit, Kraft und Sieghaftigkeit des sozialistischen Gedankens offenbarte. Wenn auch nicht so populär, so doch ebenso ragende Zeichen von Bebel's Fleiß und Intelligenz sind „Charles Fourier“, eine vorzügliche Darstellung der Ideen dieses frühsozialistischen Utopisten, „Christentum und Sozialismus“, eine glänzende Apologie des sozialistischen Gedankens, und besonders seine „Verichte über die parlamentarische Tätigkeit der Sozialdemokratie“, die erst kürzlich wieder neu herausgegeben sind. Daneben hat Bebel noch manche treffliche Agitationsbroschüre erscheinen lassen, die der Partei gute Dienste leistete. Wie vielseitig seine literarische Tätigkeit war, bezeugen seine Werke über den deutschen Bauernkrieg und über „Die mohammedanisch-arabische Kulturperiode im Orient und in Spanien“. Die danebenherlaufende Arbeit für Zeitungen und Zeitschriften läßt sich weder aufzählen noch überhaupt schätzen; nur das weiß man: sie war ungeheuer groß. Wenn man sich bei alledem immer vergegenwärtigt, daß August Bebel keine andere Schule mit ins Leben brachte als die von Brauweiler und Wehlar, so wird man nicht Hochachtung, nein Bewunderung für den Mann empfinden, der seiner Zeit und seiner Klasse solche Dienste leistete.

Es ist darum kein Wunder, daß die Arbeiterschaft mit Stolz und Liebe zu ihrem großen Führer blickt. Wo wäre das mehr berechtigt gewesen? August Bebel ist nicht bloß in dem Sinne einer der unsern, wie es jeder in dem geistigen Bunde ist, den die Sozialdemokratie aller Länder darstellt; er ist unser als Klassengenosse, als ein Kind der Armut, als ein Sohn des Volkes. Und er ist ein treuer Sohn des Volkes. Seine parlamentarische, seine ganze öffentliche Wirksamkeit stand und steht in diesem Zeichen. So manches sozialpolitische Prinzip, so manche sozialpolitische Anregung ist von ihm ausgegangen und zuerst von ihm vertreten worden. Daß die Bürgerlichen ihn darob höhnten, konnte sie nicht davor schützen, manches von dem später selbst ausführen zu müssen. Bebel's Lebenswerk hat deutliche Spuren in unserer Gesetzgebung, in unserm ganzen öffentlichen Wesen hinterlassen, und es wird dereinst noch herrlicher gekrönt werden, wenn die von Bebel zum guten Teil geschaffene proletarische Bewegung an die Verwirklichung ihres Gesellschaftsideals herangeht kann.

Nun wird August Bebel siebzig Jahre alt. Wir sprechen im Sinne und im Namen all unserer Verbandskollegen, wenn wir wünschen: Möge es unserm geliebten und verehrten Führer noch recht lange vergönnt sein, in der alten Frische und Regsamkeit für die große Sache des Proletariats zu wirken. Möge er seinen Geburtstag noch recht oft unter dem Eindruck eines solchen frohen und herrlichen Sieges feiern, wie er es konnte, als er fünfzig Jahre alt war, wo das arbeitende Volk in stürmischen Aufmarsch das Schandgesetz und dessen Schöpfer hinwegsetzte. Ein solches Angebinde werden wir ihm, wenn nicht früher, in zwei Jahren auf den Geburtstagstisch legen.

Zentralverband der Maurer Deutschlands.

An die Verbandsmitglieder!

Der in der vorigen Woche zu Leipzig abgehaltene Verbandstag unseres Verbandes hat unter anderem folgenden Beschluß gefaßt:

„Der Verbandsbeitrag wird für das Jahr 1910 in allen Beitragsklassen um je 10 % pro Woche erhöht. Diese 10 % fließen unterfützt in die Hauptklasse.“

Nach diesem Beschluß sind vom 1. März d. J. an 10 % pro Woche mehr zu zahlen, als bisher laut Statut für die einzelnen Lohnklassen festgesetzt war.

Indem wir den Mitgliedern dies zur Kenntnis bringen, geben wir uns der Hoffnung hin, daß der Verbandstagsbeschluß allseitig richtig gewürdigt und korrekt ausgeführt wird.

Der Vorstand.

J. A. Th. Bömelburg.

Unser Parlament.

I.

Nicht die Reden, sondern die Taten werden diesem Verbandstage seinen Platz in der Geschichte der Bauerebewegung annehmen.
Bömelburg in der Eröffnungsrede.

Es ist uns nicht vergönnt, den Kollegen die ersten Mitteilungen über den Verlauf der Leipziger Tagungen zu machen; sie werden, wenn sie diese Nummer des „Grundstein“ zur Hand bekommen, bereits durch die Tageszeitungen über die großen und wichtigen Entscheidungen unseres Parlaments informiert sein. Sie werden wissen:

Die Bauarbeiterschaft hat auf die Herausforderungen der Unternehmer die richtige Antwort gegeben; die Verschmelzung ist beschlossen worden; die Schaffung des Statuts für den neuen „Deutschen Bauarbeiter-Verband“ ist, wenn auch unter schweren Meinungskämpfen, gelungen.

Das waren die drei großen Aufgaben der Verbandstage, und sie sind gelöst worden.

Es bleibt uns neben einer Vervollständigung der Berichte in der politischen Arbeiterpresse vorbehalten, die Ergebnisse der Verbandstage zu einem abgerundeten Gesamtbilde zusammenzufassen und ihre Bedeutung zu würdigen.

Die Eröffnung ging diesmal ganz schlicht am Montag Morgen vor sich. Um neun Uhr hatte sich der große und geschmackvoll ausgestattete Volkshausaal gefüllt. Die Delegierten und sonstigen Vertreter unseres Verbandes waren vollständig erschienen, ihre Zahl betrug 267. Von anderen Organisationen waren vertreten: der Zimmererverband durch seinen Vorsitzenden Schrader und den Leipziger Gauleiter Laue, der Dachdeckerverband durch seinen Vorsitzenden Jakob Diehl, die Stuckateure durch ihren Vorsitzenden Denthall und der Verband der Isolierer durch seinen Vorsitzenden Lange. Vom Auslande waren Meißner und Tetenta (Österreich), Borgheisa (Italien), v. Achterberg (Holland), Pericat (Frankreich), de Brouwere (Belgien) und zwei Vertreter des schweizerischen Verbandes erschienen. Nach einigen Begrüßungswörtern, die Kollege Busch im Auftrage der Leipziger Bauerschaft sprach, hielt Bömelburg die Eröffnungsrede. Er fand den richtigen Ton, indem er seinen Worten die oben angeführten Sätze voranstellte. Im übrigen enthielt die Rede interessante Rückblicke auf die Geschichte der Leipziger Bauerebewegung, die in ihren Anfängen eng mit der Geschichte der allgemeinen Arbeiterbewegung verknüpft ist. Bei der Konstituierung wurden Bömelburg, Jacob und Silberfärbich zu Vorsitzenden des Verbandstages gewählt. Der erste Verhandlungspunkt waren, wie immer, die Berichte der zentralen Verbandskörper. Den Vorstandsbericht erstattete Bömelburg. Da der Vorstand diesmal wegen des frühen Stattfindens des Verbandstages keinen gebrauchten Bericht herausgeben konnte, so schilderte Bömelburg eingehend die Entwicklung der Organisation. Seine Zahlenangaben gipfelten in dem Nachweis, daß der Verband die Krisis gut überstanden hat. Der Rückgang in der Mitgliederzahl hat einem kräftigen Aufschwung Platz gemacht. Der Rassenbestand des Verbandes ist gewachsen, im Jahre 1908 um rund eine Million, im Jahre 1909 um etwa

M. 450 000. Die Größe der Krisis wurde durch die Bissen der Arbeitslosenzählungen veranschaulicht. Bömelburg teilte auch mit, wie weit der Vorstand mit dem Bau des Verbandshauses gekommen ist. Wir verjachten deshalb auf weitere Angaben über seine Ausführungen, da wir beabsichtigen, in den nächsten Wochen näheres über das Verbandshaus zu veröffentlichen. Den Bericht des Ausschusses erstattete Kollege Daehne, den der Redaktion des „Grundstein“ Kollege Winnig. Im Namen der Revisoren bestätigte Kollege Marks die Richtigkeit der Rassenverwaltung und beantragte die Entlastung des Gesamtvorstandes. In der Debatte über die Berichte spielte die Frage der Arbeitslosenunterstützung eine große Rolle. Einige Delegierte redeten ihr eifrig das Wort, während andere vor ihr warnten und eine Schwächung der Kampfkraft des Verbandes von ihrer Einführung befürchteten. Doch auch bei den Befürwortern konnte man am Ton ihrer Ausführungen hören, daß ihnen sehr wohl bewußt war, wie vergeblich sie sich bemühten. Im übrigen war die Diskussion vornehmlich dem „Grundstein“ gewidmet. Die Mai-feierartikel und der Abdruck der von Calmer geschriebenen Wirtschaftlichen Rundschau waren es, die mehrfache Angriffe erfuhr. Aber diese Debatte hatte absolut nichts Verleidendes oder Gehässiges an sich; es waren durchaus sachliche Äußerungen, die dabei vorgebracht wurden. Uebrigens fanden sich nicht bloß Angreifer, sondern auch Verteidiger, und sicher hatten die letzteren die Meinung der Mehrheit des Verbandstages hinter sich. In beiden beiden Fragen handelte es sich um Auffassungen, in denen man sehr wohl verschiedener Meinung sein kann; ganz anders stand es aber um den Vorwurf, daß der „Grundstein“ nicht genug zur Aufklärung in den Steuerkämpfen getan habe. Jeder Leser unseres Blattes weiß, daß dieser Vorwurf sachlich unberechtigt ist. Dieser Meinung war auch der Verbandstag, wie er durch seinen Beifall beim Schlußwort des Redaktionsvertreter bekräftigte. Von Wichtigkeit bei diesem Punkt der Tagesordnung war die Erklärung des Kollegen Schrader vom Zimmererverband. Kollege Bömelburg hatte in seinem Bericht die Debatten der Stuttgarter Generalversammlung des Zimmererverbandes erwähnt und gesagt, daß uns bisher die Rücksicht auf die notwendige Einigkeit der Bauarbeiter in den bevorstehenden Kämpfen abgehalten habe, auf jene Angriffe gebührend zu antworten und daß der Verbandstag aus der gleichen Rücksicht auf ihre Erörterung verjachtet möge. Mit einer einzigen Ausnahme haben die Delegierten diesem Wunsche entsprochen. Schrader erklärte darum am Schluß der Debatte, daß man die Schlichtung der Streitfrage am besten den Vorständen überlasse; er hoffe, man würde auf diesem Wege am sichersten zu der gewünschten und erstrebten Einigkeit gelangen. Der Verbandstag nahm diese gute Erklärung mit freudigem Beifall entgegen.

Der zweite Tag brachte den Punkt „Bauerebewegung“, der in geschlossener Sitzung beraten wurde. Das einleitende Referat hielt Kollege Bömelburg. Er berichtete über den bisherigen Verlauf der Bewegung, der völlig dem entprochen habe, was von den Arbeiterorganisationen erwartet wurde, und legte dann die Richtungslinien dar, nach denen die bisherige Taktik eingerichtet war. Wir würden den Beschluß des Verbandstages, diese Frage in geschlossener Sitzung zu behandeln, durchbrechen, wollten wir an dieser Stelle näher auf die Verhandlungen eingehen. Doch wir dürfen hier feststellen, daß der ganze Verbandstag einig in der Beurteilung des Standpunktes der Unternehmer war. So viele Delegierte auch dazu das Wort nahmen, jeder verlangte, daß den Anträgen des Unternehmerverbandes der äußerste Widerstand entgegengesetzt werde, und jubelnden Beifall fand die Mitteilung, daß die Berliner Bauerebewegung in einer großartigen Versammlung am 5. Februar die Erhöhung des Wochenbeitrages um 15 % beschlossen hätte. Im Laufe des Verhandlungstages bestiegen wohl 30 Delegierte die Rednertribüne, und jeder forderte kräftigsten Widerstand und jeder trat für die sofortige Erhöhung des Wochenbeitrages um 10 % in allen Beitragsklassen ein. Selbst Delegierte, die aus Zweigvereinen kamen, in denen man gegen die für den neuen Verband vorgesehene Beitragserhöhung ist, redeten ihr jetzt das Wort. Nachmittags um 5 Uhr schritt man zur Abstimmung, die der Bedeutung der Frage entsprechend namentlich war. Sie zeigte das erfreuliche Ergebnis, daß fast sämtliche Delegierte der Erhöhung zustimmten; nur neun, nämlich die Delegierten aus Jüterbog, Gutsow, Rudolfsst., Kiel, Plauen, Stettin, Hammelstall, Piriz und einer der sechs Delegierten aus Frankfurt a. M. stimmten mit Nein. Es wäre allerdings beschämend für die Kollegen in diesen Orten, wenn die Delegierten in ihrem Sinne gehandelt hätten. Wer

in diesen Zeiten der Organisation vorentscheidend, was sie zur Durchführung ihrer Aufgaben bedarf, der verjündigt sich schwer gegen die Interessen der Bauerebewegung, daß das Wort Solidarität für ihn nie mehr als eine klingende Schelle war. Doch auch sie müssen sich fügen, wenn sie nicht völlig abseits stehen wollen.

Den Schluß des Tages bildete das Referat über die Verschmelzung; das Bömelburg für den Kollegen Paepow hielt, der durch seine Arbeit in der Statutenberatungskommission daran verhindert war. Kollege Bömelburg rekapitulierte noch einmal den ganzen Gang der Verschmelzungsbestrebungen, die eigentlich immer vorhanden gewesen wären. Zum Schluß wandte er sich gegen die Absicht, in einer Urabstimmung über die Verschmelzung beschließen zu lassen. In vielen Versammlungen sei darüber diskutiert und abgestimmt worden, der Wille der Mitglieder sei in ihnen zum Ausdruck gekommen und dieser habe sich in gewaltiger Mehrheit für die Verschmelzung erklärt. In der Debatte, die am Mittwoch Morgen begann und bis in den Nachmittag dauerte, kamen sowohl Freunde wie Gegner der Verschmelzung zum Wort. Für die Verschmelzung sprach auch Busch-Leipzig, der die Gründe darlegte, die die Leipziger Kollegenvereinigung veranlaßt hätten, gegen die Verschmelzung zu votieren. Es sei nicht Boshheitspolitik gewesen; sie seien scharfe Gegner der Affordarbeit und der Lieberstunden, die aber in Leipzig noch sehr viel von den Bauhilfsarbeitern geleistet würden. Sie hätten befürchtet, infolge dessen zu sein, wenn sie für die Verschmelzung gestimmt hätten, wo sie gegen Mitglieder, die Lieberstunden oder Affordarbeit verrichten, mit dem Ausschluß vorgingen. Gegen die Verschmelzung sprachen die Vertreter von Freyhan und Breslau, die dabei recht zünftlerisch anmutende Gründe vorbrachten. Viel Gegnerschaft fanden jedoch — auch bei den Verschmelzungsfreunden — manche Einzelbestimmungen des Statutenentwurfs, besonders die Einführung der Krankenunterstützung für die Wintermonate. Diese Einzelfragen gaben jedoch nicht den Ausschlag. Bei der Abstimmung, die auch hier namentlich war, wurde die Verschmelzung mit 242 gegen 23 Stimmen beschlossen. Gegen die Verschmelzung stimmten zwei Berliner Delegierte, die Vertreter des Gaues Breslau vollzählig, die Delegierten aus Rathenow, Gransee, Bromberg, Elbing, Marienburg, Eßen, Röhda, Kiel, Chemnitz, einer aus Leipzig, Zeitz, Nebra und Hof a. d. S. Die Gauvorsitzenden und die Vorstandsvorteiler stimmten alle dafür.

Im Anschluß an diese Beratung wurde dann beschlossen, für dies Jahr das Statut unseres Verbandes nicht mehr zu ändern. Dadurch waren die vielen dahingehenden Mütter erlebte. Außerdem wurde beschlossen, die bisherigen Vorstandsmitglieder usw. für die weitere Dauer dieses Jahres in ihren Ämtern zu belassen. Für die Prüfung der an der Verbandstag gerichteten Beschwerden war eine Kommission eingesetzt worden, deren Obmann, Kollege Borgmann-Bremen, beantragte, sämtliche Beschwerden zurückzuweisen mit Ausnahme einer einzigen, die nochmals dem Vorstandsvorsitzenden überwiesen wird. Darauf wurden der Gesamtvorstand, Ausschuss und die Redaktion entlastet und der Verbandstag vertagt, da er später wieder zusammenzutreten muß.

Am letzten Tage der Woche trat der Verbandstag noch einmal zusammen, um insbesondere die Wahlen für den neugebildeten Deutschen Bauarbeiterverband vorzubereiten. Der Vorstand des neuen Verbandes soll aus elf Personen bestehen, wovon auf uns sieben, auf die Bauhilfsarbeiter vier entfallen sollen. Der Verbandstag wählte die Kollegen Bömelburg (erster Vorsitzender), Kober (erster Kassierer), Busch (dritter Kassierer), Paepow (Bureauvorsteher), Tömitz, Panzer und Steiniger (Sekretäre). In die Redaktion des Fachorgans, das den Namen „Der Grundstein“ befaßt, wurden die Kollegen Winnig und Ellinger gewählt. Zum internationalen Kongreß delegierte der Verbandstag die Kollegen Bömelburg, Daehne, Paepow, Silberfärbich und Winnig. Die Vergütung der Ausschussvorsitzenden für Verkäufe, Mitbewaltung, Unkosten usw. wurde auf M. 1000 festgesetzt. An den übrigen Einrichtungen im Verbanne wurde nichts geändert.

In der gleichen Zeit tagte in dem kleinen Saale des Volkshauses der Verbandstag der Bauhilfsarbeiter, der in den ersten drei Tagen der Woche seine besonderen Geschäfte erledigte. Er beschloß, die Zahlung eines Wochenbeitrages in doppelter Höhe vom 1. März an bis zur Beendigung des bevorstehenden Kampfes. Auch hier herrschte heller Kampfesmut und Opferfreudigkeit. Der Beschluß, den Beitrag zu verdoppeln, wurde in namentlicher Abstimmung mit 100 gegen 3 Stimmen gefaßt. Danach nahmen die Bauhilfsarbeiter zur Verschmelzung Stellung. Nach einem Referat des Kollegen Behrendt und unwesentlicher Debatte wurde die Verschmelzung mit 102 gegen 4 Stimmen beschlossen.

Am folgenden Tage, Donnerstag, morgens 9 Uhr, traten die Delegierten beider Verbände zu dem konstituierenden Verbandstage des „Deutschen Bauarbeiter-Verbandes“ zusammen, dessen Verlauf und Beschlüsse ein zweiter Artikel schildern soll. Die Divergenz zu dieser gemeinsamen Tagung war der Kommerz, den die Leipziger Maurer und Bauhilfsarbeiter am Mittwoch im großen Saale des Volkshauses veranstaltet hatten. Gelegene Musik und Gesangsvorträge, letztere von dem Thonberger Arbeiterchor mit hoher Vollendung vorgetragen, vereinten die Teilnehmer bis gegen Mitternacht. Leider ereignete sich hierbei ein betrüblicher Unglücksfall; unser Kollege Hugo Kober aus Hamburg erlitt einen Schlaganfall, an dessen Folgen er bis jetzt noch im Krankenhause liegt. Glücklicherweise scheint sein Befinden nicht gefährlich zu sein; er konnte am Freitag unter Begleitung nach Hamburg reisen, wo ihm gute Pflege hoffentlich bald die Gesundheit zurückgeben wird.

Zum Wahlrechtskampf in Preußen.

Die preussische Wahlrechtsbewegung ist in eine neue Phase eingetreten. Nachdem es der preussischen Arbeiterschaft gelungen war, durch eine energische Wahlbeteiligung den Nachweis zu führen, daß das preussische Dreiklassenwahlrecht vom Jahre 1849 allen Grundrissen von Berechtigtheit und Staatsbürgerschaft los ist, nachdem die Sozialdemokratie durch ihre öffentliche Propaganda die Reform dieses Wahlrechts zur brennendsten Aufgabe der Gegenwart gemacht, sah sich der preussische König genötigt, am 20. Oktober 1908 die Notwendigkeit einer organischen Fortentwicklung des Wahlrechts anzuerkennen und eine solche Reform zu versprechen. Es hat lange gedauert, ehe sich die preussische Regierung dazu bequeme, dieses königliche Versprechen zu erfüllen. Heftig wogte der Widerstreit der Interessen der bürgerlichen Parteien, die mehr oder weniger mit dem Dreiklassenwahlrecht verknüpft sind. Das Versprechen des Königs wurde gegeben zur Zeit des konservativ-liberalen Blocks, der in Preußen indes allzeit auf schwachen Füßen gestanden hat. Die große Steuerkampagne, die dieser Forderung ein Ende machte, führte eine gewisse Annäherung des Zentrums an die Konservativen auch in Preußen herbei. Die Sehnsucht, das Übergewicht dieser rückständigen Gruppen im Landtage möglichst dauernd zu beseitigen, wurde zum Leitmotiv der neuen Wahlrechtsvorlage der preussischen Regierung, deren Ministerpräsident sich lediglich als ausführendes Organ dieser starken Mächte der Reaktion betraucht. Der neue Wahlrechtsentwurf ist ein Solon selbst auf die bescheidensten Erwartungen des preussischen Volkes geworden. Er hat einen wahren Sturz der Entrüstung nicht nur bei der Arbeiterklasse, sondern bis weit in die Reihen der bürgerlichen Kreise hervorgezuckt. Niemand ist davon befreit, — allenthalben regt sich dort der Unwille ob dieses frivolen Spieles mit der öffentlichen Meinung, das um so gefährlicher wirkt, als dadurch die Zurechnungsfähigkeit königlicher Versprechungen in die denkbar übelste Beleuchtung gestellt — Kreuz und Glaube zur Monarchie geradzu untergraben werden.

Der Arbeiterklasse hat dieser Entwurf keine schwere Enttäuschung bereitet. Sie mußte angefaßt der Haltung ihrer Gegner seit langem mit deren Mangel an gutem Willen zu einer wirksamen Reform rechnen. Die Arbeiter Preußens haben sich auch keineswegs auf die Verheißung der Thronrede von 1908 verlassen, sondern unermüdet ihre Agitation fortgesetzt. Ihr Vertrauen zur Regierung war seiner, Erschütterung fähig. Wohl aber darf sie dieser Regierung dankbar sein für eine Vorlage, die besser als alles Bisherige die Unnützigkeit des Dreiklassenwahlrechts und die Gemeingefährlichkeit des Junkerregiments in Preußen zum Bewußtsein weiterer Volkskreise bringt. Sie hat der Wahlrechtsbewegung neue Impulse gegeben, sie treibt die rückständigen Wählermassen und die noch größeren Massen der Nichtwähler in unsere Wahlrechtsversammlungen — sie schafft den Boden für einen großen, das preussische Volk in seinen Tiefen erfassenden Wahlrechtskampf.

Mit Verwunderung gewahrt der Leser der bürgerlichen Presse, daß die Regierung an dem Dreiklassenwahlrecht festhalten will, das den politischen Einfluß nach dem Geldmaß bemißt und den Minderbemittelten, den Bediensteten, den von seiner Hände Arbeit lebenden Staatsbürger in die Klasse des überhimmten Böbels verweist. Er sieht, daß auch die öffentliche Stimmabgabe bestehen bleiben soll, die den wirtschaftlich abhängigen Arbeiter, Kleingewerbetreibenden und Beamten hindert, seiner wahren Gesinnung Ausdruck zu geben. Und selbst die ungeschickliche Wahlkreiseinteilung soll unverändert bleiben, die die Wählermassen der großen Städte und Industriebezirke gegenüber den Junkerwahlkreisen des flachen Landes entrechtet, indem sie letzteren ein dreibis sechsmal größeres Wahlrecht gibt. Das nennt sich Wahlrechtsreform — das soll die organische Fort-

entwicklung“ des Wahlrechts sein! Das ist ja eine Verhöhnung des Volkes, wie sie dreister kaum gedacht werden kann!

Was wird denn eigentlich an diesem Wahlrecht reformiert? Der Leser findet, daß ihm der neue Entwurf gestattet will, künftig dem Abgeordneten selbst, anstatt erst einem Wahlmann seine Stimme zu geben (direkte Wahl); daß von den Merckwürdigsten nicht mehr die volle Steuerleistung, sondern letztere nur bis zu M. 5000 anzurechnen werden soll, wodurch einige Wohlhabende zu „erstklassigen“ Staatsbürgern werden; und daß, um das hierdurch entstandene Rantlo der zweiten Wählerklasse auszugleichen, ein System „gehobener Wähler“ erfunden wird — Wähler, die würdig sind, der untersten Klasse entzückt und in die herrschenden Klassen eingereiht zu werden.

Es ist von Interesse, sich dieses System der „gehobenen Wähler“ näher anzusehen. Nach dem Entwurf sollen Akademiker, jetzige oder frühere Abgeordnete des Reichs- oder Landtags, Ehrenbeamte von staatlichen, provincialen oder kommunalen Verwaltungen und Reserveoffiziere in die nach ihrem Einkommen nächsthöhere Wählerklasse und Gemeindevorsteher oder Magistratsratsvorsteher, Einjährig-Freiwilligenberechtigte und Militäranwärter der dritten in die zweite Wählerklasse eingereiht werden. Das sind die festen Stützen des Staates, denen die Regierung das Vertrauen schenkt, daß sie in öffentlicher Abstimmung nur für Ordnungskandidaten stimmen werden. Sie dürfen gemeinsam mit den Erstklassigen der preussischen Nation die dritte Wählerklasse niederstimmen.

Aber nicht unterschiedlos bringt die Regierung ihnen dies Vertrauen entgegen, und diese Unterschiede zeigen den Grad der Wertschätzung für das gehobene Stimmmaterial. Der Reserveleutnant ist die feste Säule der Ordnung; er wird schon nach zehnjähriger Heeres- oder Marinezugehörigkeit, also schon im Alter von 28 Jahren, der höheren Wählerklasse zugeteilt. Der Militäranwärter braucht nach seiner Militärzeit nur noch eine fünfjährige Frist des Wohlverhaltens zurückzulegen, dann hat auch er, etwa im vierunddreißigsten bis fünfundsiebzigsten Jahre, das Ziel erreicht. Der Herr Einjährig-Freiwillige nach fünfjährigem Weist des Einjährigfreiwilligenzeugnisses, also etwa im dreißigsten Jahre. Der Mann mit der abgeschlossenen wissenschaftlichen Bildung muß zehn Jahre im Besitz seines Prüfungszeugnisses sein, ehe er in die Gemeinschaft der „Gehobenen“ aufrückt; mit 35 Jahren kann er's geschafft haben, wenn er nicht unglücklicherweise Medizin studierte, die eine längere Hochschulbildung erfordert. Der Reserveoffizier, der ehemalige Unteroffizier oder Feldwebel, diese edelsten Früchte des heutigen Militärsystems, sie sind ihm vorausgegangen. Aber er darf trotz sich, sich im Glanze früherer „Klassen-genossen“ zu sonnen. Welches Anrecht hätte die Wissenschaft auch sonst, sich neben den Militärberufen zu stellen. Der Zivilberufsgewerkschaften berechtigt zur halben Wartefrist gegenüber dem akademischen Doktorgrad. Damit ist der richtige Abstand festgelegt. Die politische Intelligenz im Vorkriegsstaate Preußen reist ungleich rascher auf den Exzerzierplätzen und Kasernenhöfen als auf den Hochschulen einer staatlich abgeschlossenen Bildung. Man nimmt indes die Wissenschaft mit in den Kreis der „Gehobenen“, damit sie nicht gänzlich die Fühlung mit den staatsbehaltenden Mächten verliert. Die Kernkraft Sie ist ja ohnehin genau so abhängig wie das große Heer der Zivilberufsgenossen, die öffentlich keinen andern als einen Regierungskandidaten wählen dürfen.

Aber wo bleibt denn der „Mittelstand“, wo bleiben die großen Massen der Handwerker, der Klein- und Hausgewerbetreibenden, der Kleinbauern und Privatbeamten, wo bleiben die Lehrer, die Angestellten von Reich, Staat und Gemeinden, die Angestellten im Handel, alle die, die der Sozialdemokratie gegenüber als das beste Fundament des Gegenwartstaates gerühmt werden? Sie sollen auch ferner zur dritten Wählerklasse, zur Klasse des misera plebs gehören, die von den Erstklassigen noch stets überstimmt worden ist. Sie haben nichts und sind nichts. Die militärische oder akademische Karriere blieb ihnen verschlossen, weil's nicht langte — sie leben nur von ihrer Hände Arbeit — das ist die schlechteste Empfehlung für einen preussischen Staatsbürger. Sie mögen ein Leben voll harter Arbeit hinter sich haben, mögen auch sonst in ihrem bürgerlichen Berufe ganz tüchtige Männer, sogar tüchtige und notwendige Glieder der Gesellschaft sein — das alles wiegt die politische Intelligenz eines preussischen Leutnants oder Unteroffiziers nicht auf.

Auß den bürgerlichen Wählermassen, nicht die brennende Schamröte ins Gesicht schlugen, wenn wir ihnen diese Wertschätzung seitens einer wohlwollenden Regierung vor Augen führen? Wer könnte noch zweifeln an der agitatorischen Kraft eines Wahlrechtsentwurfs, der die Entrüstung über den frivolen Steuerfeldzug, wenn sie ja schon in Vergessenheit geraten könnte, auffrischt und, sogar überdies durch die dreifache Verhöhnung aller Minderbemittelten? Aus jedem Paragraphen

dieses Machwerks schaut die Verachtung des Junkertums für alles, was aufwärts strebt, heraus — und wir sollten angefaßt dieses Regierungsentwurfs um wirkliche Aktionswaffen verlegen sein?

Die Arbeiterbewegung begrüßt diesen Entwurf, der das wahre Gesicht der preussischen Regierung kündigt. Sie wird ihn auf das sorgfältigste studieren, wird ihn sich in ihre Agitationsmappen heften und damit hinausziehen in Stadt und Land! Was könnte sie auch anderes tun? Ihr Einfluß im Abgeordnetenhaus ist dank diesem Klassenwahlrecht so schwach, daß der parlamentarische Kampf auch bei größter Anstrengung und geschicktester Strategie keinen Erfolg verheißt. So bleibt ihr nur der Kampf von unten herauf, der, muß in die Millionen von Wählern, die dieses Wahlrecht seither jedes wirksamen Einflusses auf die Landesgesetzgebung beraubte. Aber dieser Appell an die Millionen wird nicht ungehört verhallen, dafür bürgt uns die Wahlrechtsvorlage selbst wie auch der rühmlichst bekannte Eifer unserer Genossen. Was wäre seither in der preussischen Wahlrechtsbewegung erreicht, wo wäre das Eintreten des Bürgerturns, wo die Zusage der Thronrede geblieben — ohne diese äche, unaufhaltsame Agitation der Arbeiterklasse! Auch diesmal werden die Arbeiter die Führer des Wahlrechtskampfes sein — sie werden das Volk selbst aufrufen und dafür sorgen, daß die Antwort des Volkes auch gehört und richtig verstanden wird!

So ergeht denn an jeden, der in den Reihen der Arbeiterbewegung steht, der Auf, seine volle Kraft für die nächste Zeit in den Dienst des großen Wahlrechtskampfes zu stellen. In diesen Tagen, wo auf Jahrzehnte die großen Lebensfragen der Nation entschieden werden, darf keiner zurückbleiben — nach jedem wird erwartet, daß er an seinem Plage seine volle Schuldigkeit tue. In Werkstatt und auf dem Werkplatz, im Geschäft und in den Kontoren muß das aufläutende Wort gesprochen, durch Versammlung, durch Flugblatt und Presse müssen die Wählermillionen von den schmählichen Tendenzen des Wahlrechtsentwurfs unterrichtet, muß die Forderung des Reichstagswahlrechts für Preußen zur Parole des Wahlrechtskampfes erhoben werden. Die Regierung selbst fordert das Volk heraus. — sie will die Klassenscheidung, den Klassenkampf! Die Klasse der Entrechteten, der Unterdrückten wird ihr das Werk ihrer Klassenpolitik vor die Füße werfen!

Leset Euer Fachorgan!

Diese Mahnung an unsere Kollegen zu richten, sollte eigentlich heute überflüssig sein; denn, so sollte man meinen, wer es mit der Organisation ernst nimmt, der wird sein Fachorgan aus innerem Drang ohne jede Aufforderung lesen. Wir wissen aber, daß es leider nicht so ist, daß viele, viele Kollegen ihrem Fachorgan lange nicht die Aufmerksamkeit und das Interesse entgegenbringen, wie dies für die Organisation wünschenswert wäre und für jeden Kollegen eigentlich selbstverständlich sein müßte. Es sind auch nicht nur ganz rückständige Kollegen, die ihr Fachblatt nicht lesen, sondern sehr oft auch solche, denen der Organisationsgedanke längst in Fleisch und Blut übergegangen ist. Wir selbst haben im Laufe der Jahre gar manchen Kollegen kennen gelernt, der seinen „Grundstein“ zum Einpacken seines Frühstücks verwandelt, ohne vorher auch nur einen einzigen Artikel gelesen zu haben. Auch jetzt müssen wir fast jeden Tag die betrübliche Erfahrung machen, daß selbst Kollegen, die Posten in der Organisation bekleiden, ihr Fachblatt entweder gar nicht oder doch nur recht flüchtig lesen. Wäre dies nicht so, dann wäre es, um nur einen Fall herauszugreifen, ganz unmöglich, daß unsere Wünsche, die wir so oft und erst vor einigen Wochen wieder, für unsere Berichterstatter äußerten, so wenig beherzigt werden. Mit Bedauern müssen wir konstatieren, daß sich viele Berichterstatter nicht an unsere in Nr. 5 des „Grundstein“ geäußerten Wünsche kehren; ein Zeichen dafür, daß diese von ihnen nicht gelesen wurden.

Nun ist es aber klar, daß unser Blatt nur dann seinen Zweck ganz erfüllen kann, wenn es von allen Kollegen gelesen wird. Es ist dazu da, die Gesamtheit der Kollegen mit dem Gesamtorganisationsleben vertraut zu machen. Für die aufmerksamen Leser ist es ein Spiegel, durch den sie von allen wichtigen Vorgängen in der Organisation unterrichtet werden. Da die darin entwickelten Ideen und Anschauungen jedem einzelnen Kollegen zu Gesicht kommen oder wenigstens kommen sollten, so ist das Fachblatt für die Organisation das vorzüglichste Bindemittel. Durch das Fachblatt können die Kollegen weit besser als selbst durch viele Neben mit einem einheitlichen Geist, mit einem einheitlichen zielbewußten Willen befeuert werden, weil es nachhaltiger und systematischer zu Werke gehen kann, als der mündlichen Ausklärung möglich ist. Natürlich kann das nicht für alle Einzelfragen gelten, sondern mehr für allgemein als richtig anerkannte Ziele und Gesichtspunkte. Daß dies für unser gemeinsames Handeln von größter Wichtigkeit ist, braucht nicht erst bewiesen zu werden.

Wie kommt es nun, daß das Fachblatt nicht so eifrig gelesen wird, wie es sein müßte? Nun, einen Teil Kollegen gibt es immer noch, der am Lesen an und für sich keinen Gefallen findet; das sind Kollegen, die sich, wenn sie einmal etwas lesen wollen, förmlich dazu zwingen müssen, für die das Lesen gewissermaßen eine Qual ist. Glücklicherweise werden diese Kollegen, je mehr das Interesse für unsere Sache und für die Emanzipation und Kultivierung der Arbeiterklasse wächst, immer seltener. Auch das mag, besonders auf dem Lande, noch vorkommen, daß dieser und jener Kollege, der am Tage für den Unternehmer frohndet und abends und selbst Sonntags seine eigene kleine Wirtschaft besorgt, kaum die Zeit zum Lesen findet oder, wenn er die Zeit findet, zu abgespannt ist, um den Stoff noch bewältigen zu können. Andere Kollegen — und das trifft besonders für viele Kollegen der Großstädte zu — lesen ihre Tageszeitung und halten das Lesen des Fachblattes, das ja doch, wie sie sagen, „alles viel später bringt“, für so gut wie überflüssig.

Nun halten wir es selbstverständlich für äußerst wünschenswert, ja für die Pflicht jedes am Klassenbewußtsein gekommenen Kollegen, daß er eine Tageszeitung — natürlich ein Arbeiterblatt — liest, um sich über die wichtigsten Vorgänge des täglichen Lebens stets auf dem laufenden zu erhalten. Selbstverständlich ist auch, daß sich ein Gewerkschaftsblatt niemals so ausführlich mit allgemeinen politischen Fragen beschäftigen kann, wie eine Tageszeitung. Das darf aber nie ein Grund sein, sein Gewerkschaftsblatt nicht zu lesen; denn umgekehrt kann aus den verschiedensten Gründen keine Tageszeitung, selbst nicht die umfangreichste, die wirtschaftlichen und beruflichen Angelegenheiten der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter eines bestimmten Berufes so ausführlich behandeln, wie es das Fachblatt des betreffenden Berufes selbst kann. Deshalb müssen sich die sozialdemokratische Tagespresse und die Fachpresse gegenseitig ergänzen. Während der ersteren in erster Linie die Vertretung der Allgemeininteressen der ganzen Arbeiterklasse zufällt, hat die letztere die Aufgabe, in erster Linie für die wirtschaftliche und beruflich sanitäre Hebung der eigenen Berufsangehörigen zu wirken. Deshalb verkehrt der, der sein Fachblatt nicht liest, die Interessen seines Berufes, die zugleich seine eigenen sind, ebenso, wie der die Interessen der ganzen Arbeiterklasse verkehrt, der seine politische Tageszeitung liest.

Natürlich hat ein Fachblatt außer der Vertretung der wirtschaftlichen und beruflichen Interessen auch die Pflicht, für die politische Aufklärung der Berufsangehörigen zu sorgen, sie zu tüchtigen Menschen im Klassenkampf zu erziehen und sie zu erfüllen mit den großen Idealen für die Befreiung der Arbeiterklasse. Wir glauben auch das, dem uns zur Verfügung stehenden Raum entsprechend, in ausreichendem Maße getan zu haben, so daß unser Blatt auch aus diesem Grunde wohl lesenswert sein dürfte.

Nun hört man sehr häufig die Ansicht vertreten, daß mindestens das Lesen der vielen Berichte völlig überflüssig sei. Das ist natürlich ebenfalls nicht richtig; denn gerade in den Berichten der verschiedensten Art spiegelt sich der Stand der Konjunktur wie der der einzelnen Vereine und die Stimmung unter den Kollegen am deutlichsten wieder. Auch der Einwand, daß es beispielsweise einem Danziger Kollegen ganz gleich sein könne, wie die Konjunktur oder die Stimmung der Kollegen in Stuttgart oder München sei, ist heute mehr denn je hin-fällig, weil heute bei der Erstarkung der Unternehmerorganisation der günstige oder ungünstige Stand der Verhältnisse oder bestimmte Handlungen und Unterlassungen der Kollegen an einem Orte mehr als je auf die Gesamtorganisation zurückwirken.

Wenn wir also unsere Kollegen auffordern, ihr Fachorgan fest und in Zukunft gründlicher zu lesen, als es bisher geschehen ist, so hauptsächlich deshalb, weil heute vor ersten Kämpfen ein Vertrauenssein mit dem Stande der Dinge und die Herausbildung eines starken und einheitlichen Willens für jeden einzelnen Kollegen mehr als je notwendig ist. Große Dinge lassen sich nur durch einen starken einheitlichen Massenwillen erreichen. Diesen einheitlichen Massenwillen unter unseren Kollegen zu schaffen, dazu ist der „Grundstein“ eines der besten Mittel. Datum nochmals Kollegen: Leset Euere Fachorgan!

Politische Umschau.

Fortsetzung der Ministärdebatte im Reichstag. — Die Wahlrechtsdebatte im preussischen Abgeordnetenhaus. — Das staatsmännische „Meinerrind“ des preussischen Ministerpräsidenten. — Die Stellung der Parteien zu der Vorlage. — Sozialdemokratische Massendemonstrationen gegen die Wahlrechtsveränderung.

Die Festtagswoche liegt hinter uns. Der Reichstag beugte sich mit drei Sitzungen, die auf die Tage nach Aschermittwoch entfielen. Sie waren der Fortsetzung der zweiten Beratung des Etats für die Verwaltung des Reiches gewidmet. Es kam dabei wieder zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen Rednern der Linken

und dem Kriegsminister. Die Debatte drehte sich u. a. um die Bevorzugung des Adels in der Armee gegenüber den bürgerlichen Elementen. Es gibt tatsächlich Offizierskorps, die nur aus Adligen bestehen — eine Einrichtung, die der Kriegsminister aus „Traditionsgründen“ zu „rechtfertigen“ verjuchte, wie er denn überhaupt wieder in der Kunst der Ausflüchte sich bewährte. Diese Verhandlungen vollzogen sich vor sehr schwach besetztem Hause. Das Interesse der Reichsparlamentarier erwahr eine starke Absenkung von ihren eigenen Aufgaben durch die am 10. Februar im preussischen Abgeordnetenhaus begonnene Wahlrechtsdebatte. Selten wohl haben die weitesten Volksteile einer parlamentarischen Verhandlung mit größerer Spannung entgegengeesehen, als dieser. Darüber allerdings bestand nirgend ein Zweifel, daß Herr v. Bethmann-Hollweg in seiner Eigenschaft als preussischer Ministerpräsident derselben würde, die auf das Konto seiner ministeriellen Verantwortlichkeit kommende ungeheuerliche, das Volk verhöhrende Wahlrechtsvorlage vor dem Dreiklassenparlament zu „rechtfertigen“. Neben die Grundzüge dieser Rechtfertigung war man allgemein von vornherein im klaren. Von einem Staatsmanne, der ein reaktionäres Geseh zu vertreten hat, kann man unabweigend erwarten, daß er in seiner Rede dem Geiste der Freiheit und Gerechtigkeit Rechnung trägt. Aber doch richtete sich ganz selbstverständlich das hoch gespannte allgemeine Interesse auf die Frage: wie Herr v. Bethmann-Hollweg seiner hohen Aufgabe genügen werde? Nun, er hat alle Erwartungen übertroffen, so sehr, daß man ihm ein hohes Maß von Mitleid nicht verweigern kann.

In unglücklicherer Situation haben wir noch nie einen auf Geist und Programm der Reaktion eingeschworenen Staatsmann gesehen als diesen. Als er sich zu seiner Rede anschickte, empfingen ihn stürmische Psuizurufe der wenigen sozialdemokratischen Abgeordneten. Auch das Wort „Volksherrator“ aus dieser kleinen Schaar traf ihn erschütternd sehr schwer wie ein Keulen Schlag. Das war ein dem berechtigten Grimm des Volkes entsprechender Protest wider das frivole Spiel, das die Reaktion zu treiben sich erdreistet hat. Der Wut dieses Protestes konnte das wütende Gesehrei der Rechten und die Erklärung des Vizepräsidenten Dr. Forst, es sei zu bedauern, daß Herrn v. Bethmann-Hollweg ein solcher Empfang zu teil geworden, keinen Abbruch tun.

Länger als eine Stunde sprach der Ministerpräsident, nicht, ohne zahlreiche scharfe Zwischenrufe von Seiten der Sozialdemokraten und der Freisinnigen zu erfahren, so daß der Präsident zu dem Disziplinarmittel des „Ordnungszufes“ griff. Herr v. Bethmann-Hollweg ging mit seinen Ausführungen sehr in die Breite, nicht in die Tiefe; mit höchst oberflächlichen und unzutreffenden historischen Betrachtungen suchte er die reaktionäre Tendenz seiner Rede zu bemänteln. Die Quintessenz läßt sich möglichst kurz zusammengefaßt dahin wiedergeben:

Eine Wahlrechtsreform ist in Preußen eigentlich ganz überflüssig; denn im preussischen Staat ist alles aufs Beste bestellt. Er ist ein „Mutterkorn“ und dessen beste Stübe sind die Junker. Preußen ist nicht das Land der finstern Reaktion; da gibt es keine Polizeivillkür und keine Parteiregierung; da herrscht „Recht und Gerechtigkeit“, und wer das Gegenteil behauptet, der „beschmüßt das eigene Reich“. Und deshalb, so erklärte der Ministerpräsident mit sonich wirkender Emphege, „läßt Preußen sich nicht in das Lager des Parlamentarismus verschleppen, solange die Macht seines Königtums nicht gebrochen ist“. Eine prägnanter Art, das persönliche Regiment dem Wahlrecht gegenüber zu stellen, läßt sich nicht wohl denken. Und weiter: Alles Unheil kommt nicht vom preussischen Dreiklassenwahlrecht, sondern vom Reichstagswahlrecht. Herr v. Bethmann-Hollweg brachte es fertig, dem Reichstage einen Vorwurf zu machen, daß er indirekte Steuern bewilligt habe, obwohl doch der Bundesrat gerade auf Betreiben der preussischen Regierung eine Reichsfinanzreform durch Ausgestaltung der direkten Steuern ablehnte, und obgleich Herr v. Bethmann-Hollweg selbst nach dem Sturze Bismars die bundesrätliche bösartige Reform mit dem schwarzen Bloch machte. Nun hielt er als preussischer Ministerpräsident zur „Rechtfertigung“ Preußens eine Anklage gegen das Reichstagswahlrecht und das Reich, gegen seine eigene Politik! Eine ärgere Absurdität hat sich wohl noch niemals ein Staatsmann geleistet. Aber die sehr ernst zu nehmende Tendenz dieser Absurdität ist: das Deutsche Reich soll auch ferner unter der Knute der preussischen Reaktionsgewalt stehen! Kühnlich behauptete der Ministerpräsident: je demokratischer das Wahlrecht werde, je mehr müßte die politische Kultur und Erziehung leiden! Nicht minder toll war die Begründung der öffentlichen Wahl durch den Satz: „Unser ganzes Leben setzt sich aus Abhängigkeiten

zusammen.“ Und deshalb muß die öffentliche Stimmgabe, die der infamsten Terrorisierung abhängiger Wähler dient, bestehen bleiben! Und deshalb soll es keinen Weg zur Freiheit geben; deshalb darf dem Volke sein natürliches Recht der Selbstbestimmung niemals gewährt werden. In der Forderung der Sozialdemokraten und der Freisinnigen nach dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht sieht Herr von Bethmann-Hollweg ein „Nennen um die Gunft der Massen“. Und speziell die Sozialdemokratie verdammt nur deshalb das Dreiklassenwahlrecht in Grund und Boden, weil sie zur Macht gelangen und auf „breitester demokratischer Grundslage „das Staatsgefüge Preußens lockern will“!

Dem Ministerpräsidenten kam zunächst der Minister des Innern v. Nolke und Johann der konservative Abgeordnete Freiherr v. Nichte-Hofen in nicht minder kläglichen Redenworten zu Hilfe. Unter schallender Beiterkeit der Linken erklärte letzterer u. a.: „Wir sind keine Reaktionsäre.“ Als dann der große freisinnige Abgeordnete Träger der Tribüne betrat, um darzulegen, daß die Vorlage für die freisinnigen Parteien unannehmbar sei, belieh die gefasste Rechte offensivativ den Saal. Namens der Nationalliberalen gab der Abgeordnete Schiffer die Erklärung ab, daß sie die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen nach wie vor ablehnen, aber die Befestigung der indirekten und der öffentlichen Wahl sowie eine Neueinteilung der Wahlkreise fordern.

Sehr charakteristisch für die Haltung des Zentrums sind die Ausführungen des Abgeordneten Herold. Er machte vor dem Reichstagswahlrecht allerdings eine platonische Reberenz und tadelte die Beibehaltung der öffentlichen Wahl. Aber das Zentrum ist viel zu fest mit den Konservativen verbunden und seine Führerschaft selbst ist zu sehr vom reaktionären Geiste beherrscht, als daß von ihm ein ehliches und energisches Eintreten für eine gründliche freiheitliche Reform zu erwarten wäre. Herr Herold hat seinen Zweifel darüber gelassen, daß seine Partei hofft, die Vorlage zu „verbessern“, d. h. ein neues monströses Wahlsystem zu erben zu bringen.

Als Redner der kleinen sozialdemokratischen Gruppe unterzog zunächst der Abgeordnete Strödel die Vorlage derselben scharfen Kritik, die sie in der sozialdemokratischen Presse und in vielen Versammlungen gefunden hat. Er schloß seine Rede mit den Worten: „Fort mit dieser hunds-fällischen Vorlage“, wofür der Präsident ihn zur Ordnung rief.

Mit der Erklärung des polnischen Abgeordneten Korfanth, daß seine Partei nicht rasen werde, bis das Reichstagswahlrecht für Preußen erkämpft sei, schloß der zweite Tag der Debatte. Am dritten Tage, Sonnabend, 12. Februar, wurde, nachdem noch einige freisinnige und konservative Redner ihre scharf divergierenden Ansichten ausgetauscht hatten, der Debatte durch Annahme eines Schlufsantrages des freikonservativen Abgeordneten Dr. Krendt ein Ende gemacht. So gelangte ein zweiter sozialdemokratischer Redner nicht mehr zum Wort. Die Vorlage wurde einer besonderen Kommission von 28 Mitgliedern überwiesen. Damit ist sie wahrlich nicht nach dem Geheir behandelt worden. Der Würde und Bedeutung einer wirklichen Volksvertretung hätte es entsprechen, das standalöse Nachwerk sogenannter „Staatsratsänder“ Politik ohne Debatte zu verabschieden. Aber vom preussischen Dreiklassenparlament war solch eine Haltung natürlich nicht zu erwarten. Komödie war von Anfang an die ganze offizielle Wahlrechtsreformfrage. Zur Tragikomödie wurde das Spiel durch die Wahlrechtsvorlage der Regierung und die Begründung, die der Ministerpräsident und seine Leute dieser Vorlage angedeihen ließen. Was nun in der Kommission erfolgt, wird Posse sein, elende erbärmliche Posse, der allerdings die nicht ernst genug zu nehmende Tendenz beiläufig, dem neuesten Volksverrat gezielte Sanktion zu geben.

Nun wird es sich zeigen müssen, ob die Einsicht und der Wille des Volkes, der arbeitenden Klassen in Preußen, stark genug sein werden, den Kampf gegen die reaktionären Gewalten und Parteien siegreich zu führen. Wir hoffen das zuversichtlich. Jedenfalls würde die Sozialdemokratie nicht mit verantwortlich dafür sein, wenn diese Hoffnung nicht in Erfüllung gehen sollte. Sie setzt alles daran, die Massen aufzuklären und aufzurütteln, es zu einer Volksbewegung zu bringen, wie sie Deutschland noch nicht erlebt hat. Einem Aufruhr des Parteivorstandes, der preussischen Landeskommission und der sozialdemokratischen Landtagsfraktion entsprechend, ist in der vorigen Woche die Sozialdemokratie im ganzen Lande wiederum zu gewaltigen Massendemonstrationen übergegangen, die am Sonntag am umfassendsten und wichtigsten waren. An vielen Orten, besonders in den Großstädten, schlossen sich an die Versammlungen Straßenemonstrationen, die einen außerordentlich imponanten Verlauf nahmen. Es waren in Berlin nach politgeologischen Schätzungen über 100 000 Menschen auf den Straßen, während der „Vorwärts“ die Zahl gar auf 200 000 schätzt. Bei einigen Zuz

fammenstößen mit der Polizei machte diese von der blanken Waffe Gebrauch, wodurch mehrere Personen so schwer verletzt wurden, daß sie in der Charité verbunden werden mußten.

Zu gefährlicheren Zusammenstößen kam es in Halle an der Saale, wo die Polizei das Militär zu Hilfe rief. Kriegsberett kamen die Seduzionsdreifüßler im Lauffschritt angedrückt, um gegen den inneren Feind zu Felde zu ziehen. Die Schutzleute hatten in Zwischenzeit Blank gezogen und drängten nun die Demonstranten in die Nebenstraßen, wobei sie mit blanken Säbeln Blindlings auf die Menge einhieben. Zahlreiche Verletzungen waren die Folge, so daß etwa 40 Personen die Klinik in Anspruch nehmen mußten. Auch in Duisburg kam es zu ersten Zusammenstößen, wobei drei Personen, darunter ein Mediziner von der Niederrheinischen Arbeiterzeitung verletzt wurden. Ferner hat die Polizei in Neumünster ein furchtbares Blutbad angerichtet. Massenemonstrationen fanden auch in Magdeburg, Frankfurt a. M., Essen, Königsberg und andern Städten statt, wobei es teilweise ebenfalls zu Zusammenstößen mit der Polizei kam. In Königsberg z. B. wurden drei Personen verletzt und in andern Städten wurden Massenverhaftungen vorgenommen. So werden die Forderungen des arbeitenden Volkes von der preussischen Regierung beantwortet. Das Volk wird sich dadurch in der Weiterverfolgung seiner Ziele nicht hemmen lassen.

Verichtigung.

In dem Bericht „Von den Verhandlungen“ im Gau Bremen in Nr. 7 des „Grundstein“ darf es nicht heißen: „in den von Arbeitern in eigener Regie ausgeführten Fabriken“, sondern: „in den Fabriken, die Arbeiten in eigener Regie ausführen lassen“ usw.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Massregelungen, Differenzen.

Sperrn, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zusug von Mauern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

Schleswig-Holstein:

Holigand (Differenzen beim Unternehmer Hagemann);

Mecklenburg, Lübeck:

Lübeck (Sperrn über die Bauten der Firma Torkuhl in Kücknitz, Zwischenunternehmer Mädel und Behrens);

Brandenburg:

Fürstenwalde (Sperrn über alle Arbeiten der Unternehmer Bodey, Guba, Kirschke, Rastel Utikal und der Firma Pintsch);

Ost- und Westpreussen, Posen:

Marienwerder (Sperrn über Knack in Beckermühle);

Königr. Sachsen:

Leipzig (Sperrn über Winkler, Kleinschocher, Ecke Miltitzer- und Eyrhaerstrasse), Borsdorf (Sperrn über die Bauten des Unternehmers Wilhelm Zittau (Sperrn über Hinkel in Weigsdorf und Müller aus Hirschfelde), Oberriedersdorf (Sperrn über den Unternehmer Clemens), Glauchau (Sperrn über Köhler);

Provinz Sachsen und Anhalt:

Halle (Sperrn über Iffland in Passendorf), Stendal (Sperrn über den Bau des Unternehmers Ulrich aus Gr.-Möhlingen in Wahrburg);

Thüringen:

Eisenach-Korleshausen (Sperrn über Buchenan), Coburg (Sperrn über das Betongeschäft Otto Hauch & Co., der Bau liegt in Tettau, Oberfranken), Weimar (Sperrn über O. Hemme);

Hannover, Braunschweig, Oldenburg:

Badbergen (Streik), Buxtehude (Sperrn über Pleschke und Spark), Wolfenbüttel (Sperrn über die Bauten der Unternehmer Tolle und Vollmer);

Westfalen und Rheinland:

Düsseldorf (Streik in Ratingen), Halle i. Westfalen (Sperrn über Grotendick);

Säbollerer und Steinholzleger:

Leipzig (Sperrn über die Firma Friedrich Wilhelm Krause, Moltkestr. 82), Bremen (Sperrn über die Filiale der Firma Rheinhold & Co.).

Schweiz:

Winterthur (Streik).

Bekanntmachung des Vorstandes.

An die Vorstände der Zweigvereine! Werte Kollegen! An anderer Stelle dieser Nummer des „Grundstein“ haben wir den Mitgliedern bekannt gegeben, daß der Verbandstag zu Leipzig beschloffen hat, den Verbandsbeitrag ab 1. März d. J. in allen Verbandsklassen um 10 % zu erhöhen. Zur Ausführung dieses Beschlusses geben wir den Zweigvereinsvorständen folgendes bekannt: Die zur Erhebung des höheren Beitrages erforderlichen Beitragsmarken senden wir baldmöglichst ohne vorherige Be-

stellung. Sollte aber in der Höhe des örtlichen Zuschlagbeitrages gegen bisher eine Abänderung eingetreten sein oder ist die Einführung eines Zuschlagbeitrages erst neuerdings beschloffen, dann muß uns davon, wenn es noch nicht geschehen ist, sofort Mitteilung gemacht werden, damit wir die Marken in der richtigen Preislage senden können.

Die alten, jetzt am Orte befindlichen Marken müssen, wenn keine Beitragsrückstände mehr vorhanden sind, sofort eingeliefert werden. Sind noch Beitragsrückstände zu berechnen, dann dürfen die alten Marken nur zur Dültterung der rückständigen Beiträge Verwendung finden.

Wir bitten die Zweigvereinsvorstände und alle andern Funktionäre des Verbandes dringend, dahin zu wirken, daß die Beitragserhebung korrekt und ohne Störung für den Verband durchgeführt wird.

Sterbegebühren darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausgesetzt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu überreichen:

- a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und b) die Sterbeurkunde.

Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterfertigung auszugeben ist.

Unterfertigungsanweisungen sind in der Zeit vom 7. bis 12. Februar für folgende Mitglieder ertheilt:

- Karl Meißel, Verh. Nr. 95 818; Wilh. Diege, 189 482; Franz Meyer, 225 212; F. Marzintowski (Frau), 211 060; Wilh. Heine (Frau), 150 228; A. Bhorowski, 6028; Oskar Kooß, 193 007; A. Grunbermann (Frau), 4857; Gullaw Kutschbach, 36 625; Ernst Rote (Frau), 50 208; St. Widm. 218 623; Jak. Gög (Frau), 241 896; A. Kollert (Frau), 108 858; A. Böhren (Frau), 240 149; A. Wirth, 604 606; Wilhelm Bräuner, 337 929; Jof. Amann (Frau), 240 888; E. Schächgen (Frau), 271 226; Wilh. Krüger (Frau), 105 695; Robert Verd, 35 128; Emil Smarsh, 87 954; Otto Linthorn, 104 918; Fritz Weigel (Frau), 31 602; Jof. Brandt (Frau), 320 607; Heinrich Mohr, 33 750; Jof. Orth, 40 525; Wilh. Tolpans (Frau), 118 936; Otto Seeste (Frau), 166 422.

Geldsendungen für die Hauptliste sind nur an den Kassierer J. Köster, Pannburg 1, Wefenbinderhof 56, zu adressieren. Jeder Zahlung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 7. bis 14. Februar 1910 sind folgende Beiträge eingegangen:

- a) Für Beiträge und Eintrittegebühren. Bramble A. 33,65, Dresden 29, Frankfurt a. M. 16386,51, Döhlenwälder 118,48, Döhlen 6,80, Oppeln 18. Von hingelieferter Circulunterfertigung zurück: Lingen A. 1,95. b) Für Kalender. Bramble A. 2,50.

Als verloren gemeldet sind folgende Mitgliedsbücher der Kollegen Mich. Hofenberger-Deutsch Nasselwitz (Verh. Nr. 345 349), Wilh. Einer-Nawitsch (96 307), Ad. Fischer-Berlin (502 104), Albalert Wagnierski-Essen (245 498), Jof. Wilh. Müllers-Frankfurt a. M. (271 808), F. W. Friedrich-Frankfurt a. M. (22 262), Franz Schäfer-Berlin (388 988), W. Mohr-Demmin (195 011), Alb. Kieß-Düsselhof (309 634), Georg Hofmann-Würzburg (79 610), Wilh. Brandau-Barren-Eberfeld (410 743), Goltfr. Mähler-Geln (388 471), Rudw. Krätzing-Essen (188 965); außerdem die Mitgliedskarten der Kollegen R. Dickschüler-Barren-Eberfeld (028 704), G. J. Baum-Frankfurt a. M. (045 343).

Der Verbandsvorstand.

Berichte.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sende man sofort an die Redaktion des Grundorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstags morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Machen. (Jahresbericht.) Der Anfang des Jahres 1909 bot wenig erfreuliches. Der andauernde Frost ließ keine Arbeit im Freien zu, deshalb suchten die Kollegen teils bei den Poststandsarbeiten der Stadt, teils bei Fortschaffung der Schneemassen ihr tägliches Brot zu verdienen. Viele ländliche Kollegen fanden Arbeitsgelegenheit auf den umliegenden Holzgehöfen. Im Januar und Februar wurden Baulaubnisse für 25 (1908 26) Neubauten und 39 (1908 48) Um- und Erweiterungsbauten erteilt, also zehn Gesuche weniger als im vorigen Jahre, was, da auch das vorige Jahr noch im Zeichen der Krise stand, kein gutes Resultat war. Bis Ende Mai gestaltete sich jedoch die Sache günstiger, so daß bis dahin für 128 (1908 109) Neubauten und 124 (1908 134) Um- und Erweiterungsbauten die Konzessionen erteilt wurde, also ein Mehr von 18 Erlaubnissen. Der Herbst war noch etwas günstiger, so daß fast alle Kollegen Arbeitsgelegenheit fanden. Damit war die Höhe aber auch schon wieder erreicht. Bis Ende Oktober genehmigte die Behörde 64 (1908 83) Neubauten und 96 (1908 111) Umbauten usw. Das sind insgesamt 34 weniger als 1908. Die Zahlen vom November und Dezember stellen noch aus: Zurzeit herrscht aber wieder eine große Arbeitslosigkeit, die die Unternehmer auch weidlich ausnützen. Der Tarif, den die christliche Organisation im Jahre 1907 mit den Unternehmern abschloß, sah für 1909 einen Lohn von 47 bis 51 % vor, wobei aber bemerkt wurde, daß der Lohn von 47 % nur an ganz minderwertige Maurer gezahlt werden sollte; im allgemeinen seien 51 % zu zahlen. Aber nicht einmal 47 % werden gezahlt, selbst nicht von Unternehmern, die im Arbeitsverband mit der erste Geige spielen. Selbstverständlich sind hierin in erster Linie die misslichen Organisationsverhältnisse schuld. Der christliche Verband,

der im Jahre 1907 mit über 2000 Mitgliedern präbste, ist nach der letzten Abrechnung auf 822 gesunken, welche Zahl aber immer noch eher zu hoch, als zu niedrig sein dürfte. Die am Orte sowie in der Umgegend beschäftigten fremden Kollegen, die bei uns organisiert waren, zeigten wieder ab: so daß auch bei uns keine Aufwärtsentwicklung verzeichnet werden konnte. Unter diesen Umständen läßt es sich begreifen, daß die Christen nicht in der Lage waren, ihren abgeschlossenen Vertrag zur Durchführung zu bringen. Ein Beweis, daß es nicht genügt, wenn ein Tarif bloß abgeschlossen ist, sondern daß die Organisation immer geschlossen dahinter stehen muß. Unserer Agitation fehlten sich immer noch die alten Schwierigkeiten entgegen. Waren auf einem Dorfe einige Mitglieder gewonnen, so wurden diese gleich von dem Kreis in Acht und Bann getan, wozu die Verhütung der Zentrumsprelle nicht den geringsten Teil beitrug. Immerhin haben die Kollegen, die die freigewerkschaftliche Bewegung verstanden haben, unentwegt für unsere Sache gekämpft und das stolze Wort eines christlichen Führers im Jahre 1907, daß in Jahresfrist kein roter Bauarbeiter mehr in Machen sein würde, ist eine Phrase geblieben. Im Gegenteil, wenn wir so rechnen, wie im christlichen Verbände gerechnet wird, dann kommen wir ziemlich nahe an dessen Mitgliederzahl heran. Auch sind wir der Meinung, daß, wenn den Christlichen mehr an der Verhütung der materiellen Interessen der Maurer gelegen wäre, es ihnen lieber sein müßte, wenn die Maurer frei organisiert sind, als gar nicht. Unsere Kollegen haben im verfloffenen Jahre verschiedenartig mit Erfolg versucht, unsere Kollegen möglichst bei einzelnen Unternehmern unterzubringen, um dadurch den Höchtlöhn zu erreichen. In einem Falle gelang es sogar, durch eine hatblätige Sperre, den Lohn für die Maurer um 4 % und den der Hilfsarbeiter um 5 % in die Höhe zu treiben. Durch unsere Agitation gelang es, in zwei holländischen Orten, Gaals und Meerzen, und ebenfalls in Maaren, Zahlstellen zu errichten. Es wurden im verfloffenen Jahre 30 Versammlungen und eine Reihe Besprechungen sowie 24 Vorstandssitzungen abgehalten. Die Einnahme für die Hauptliste betrug A. 1643,91, die Ausgabe A. 1417,58; die Einnahme der Lokalliste A. 946,78, die Ausgabe A. 714,46. Demnach verbleibt für letztere ein Bestand von A. 232,32. Vielfach hatten die Kollegen Differenzen mit den Krankenkassen, besonders mit denen, die nicht in Machen ihren Sitz hatten, und es bedurfte oft der Inanspruchnahme der Aufsichtsbehörde, um erstere zu veranlassen, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Der Bauarbeiterbeschütz liegt in Machen sehr im Argen. Die Behörden, städtische und eisenbahnamtliche, geben mit schlechtem Beispiel voran. In einzelnen Fällen genügt das Vorstelligwerden des Vertrauensmannes, um Abhilfe zu schaffen, sehr oft nützte aber die öffentliche Kritik oder auch die Eingabe an die Behörde nichts. Am 29. Dezember erhielten wir vom Oberbürgermeister folgendes Schreiben: „An Herrn Joh. Kessel, hier. Auf ihren gefälligen Antrag vom 7. dieses Monats teile ich Ihnen mit, daß kurz nach Inangriffnahme der Kanalbauarbeiten in Distrikt 5 ein Abort für die Arbeiter aufgestellt worden ist.“ Wir hätten nun gewünscht, der Herr Oberbürgermeister wäre einmal in die Lage gekommen, das Ding benutzen zu müssen, wir wären darauf gespannt gewesen, wie er das gemacht hätte. Kein Dack, ein Quersacken, kurz, die alte Mißere. Und so ist es überall. Zum Schluß sei noch bemerkt, daß Verwallung, Agitation und Versammlungen mit den Bauhilfsarbeiter gemeinschaftlich erfolgten und diese im vergangenen Jahre eine erfreuliche Aufwärtsbewegung ihrer Organisation verzeichnen konnten. — In der am 25. Januar stattgefundenen Generalversammlung wurde der Vorstands- und Kassenericht erstattet und dem Vorstande Entlohnung erteilt. In den Vorstand wurde Kollege Gerh. Willeke als Kassierer gewählt. Kollegen! Im neuen Jahre müssen wir uns aufraffen zu neuer Arbeit; die Gelegenheit ist günstig. Die Kollegen, auch die ländlichen, gewinnen mehr und mehr Vertrauen zu unserer Organisation. Tue deshalb jeder seine Pflicht.

Altenburg. In dem Bericht der vorigen Nummer darf es nicht heißen: „zum Kassierer wurde Kollege Meinhardt gewählt“, sondern: „der alte Kassierer wurde wiedergewählt; Stellvertreter ist Kollege Meinhardt“.

Berlin. In einer am 6. Februar bei Keller in der Koppenstraße tagenden außerordentlich gut besuchten Generalversammlung referierte Kollege Otto Hanke kurz über den gegenwärtigen Stand der Tarifbewegung. Er bezeichnete die Situation als äußerst ernst. Ein Kampf, so schwer, wie ihn das Baugewerbe noch nicht gehabt habe, stehe in fast fester Aussicht. Daß es zu einem solchen Kampfe einmal kommen müßte, das trugten die Arbeiter schon seit der Zeit, wo sich die Unternehmer im Baugewerbe zu einer Organisation zusammenschloffen, die unter der Leitung des Baumeisters Jelsch ihre Spitze gegen die Arbeiterorganisation richtete. Bei den Vertragsberatungen im Jahre 1908 konnten die Unternehmer unter Ausnutzung der sehr ungünstigen Geschäftslage nur einige Vertragsbestimmungen durchsetzen, die den Arbeitern nicht günstig sind. Jetzt glauben sie, sie könnten in der Befähigung ihres Sereendbüfels noch weiter gehen. Der Redner besprach die bekannten arbeitereindlichen Bestimmungen in dem von den Unternehmern vorgelegten Vertragsmuster. Bei den Kommissionsberatungen der Unternehmer mit den Arbeitervertretern sei von Unternehmenseite gesagt worden, an der Bestimmung über den Arbeitsnachweis und der fünfjährigen Vertragsdauer würden die Unternehmer unter allen Umständen festhalten, und die Vertreter der Arbeiter würden auf Grant beistehen, wenn sie sich gegen diese beiden Vertragspunkte wenden würden. Nun, wenn wir auf Grant beistehen sollten — sagte der Redner —, so werden wir doch nie in eine solche Bestimmungen annehmen. Andererseits hätten wir aber die Unternehmer auf ihrem Standpunkt so festgelegt, daß sie wohl nicht mehr zurückkönnen. Unter diesen Umständen scheint es sicher zu sein, daß am 1. April über wenige Tage später der Kampf ausbrechen würde, und zwar auf einer so breiten Grundfläche, wie es bei früheren Kämpfen noch nie der Fall gewesen sei. Sondernebend von Arbeitern können ausgepersert werden. Doch davon sprechen wir nicht zurück, denn es handle sich um Fragen, die für die Arbeiterorganisationen von der größten Bedeutung seien. In einer Situation wie der gegenwärtigen müßte die Or-

ganisation natürlich alles tun, was ihre Kraft im Kampfe stärken könne. Dazu gehörte auch die Kräftigung der finanziellen Mittel des Verbandes. In dieser Hinsicht empfahl der Redner einen Antrag des Vorstandes, der den Verbandsratsmitgliedern in allen Klassen um 10 % wöchentlich eingetragten und außerdem den Berliner Lokalbeitrag um 5 % wöchentlich zu erhöhen. — Die Diskussion war nur kurz. Alle Redner befürworteten die vorgeschlagene Beitragserhöhung, als etwas, was angesichts der gegenwärtigen Situation selbstverständlich sei. In der Hauptfrage gingen die Redner jedoch auf den drohenden Kampf ein und betonten unter allseitigem Beifall, daß man den arbeiterfeindlichen Absichten der Unternehmer den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen werde. Der ungewöhnlich starke Beifall der Versammlung wurde als ein gutes Zeichen für die wachsende Kampfesfreudigkeit der Berliner Mauer betrachtet. Der Antrag des Vorstandes fand ein stimmiges Annahme. — Vor Erledigung dieser Angelegenheit waren die Kandidaten zur Verbandsleitung nominiert worden.

Cöln. (Jahresbericht.) Die allgemeine Wirtschaftslage hat hier im verfloffenen Jahre keine durchgreifende Besserung erfahren. Die unter der Aufsicht des Oberbürgermeisters stehenden Zwangsrentenklassen zählten am 1. Januar 1909 109 528 (am 1. Januar 1908 112 080) Mitglieder. Dieser Bestand ging bis zum 1. März auf 108 119 (111 811) herunter, um dann bis zu Beginn des Juni für das verfloffene Jahr den Höchststand mit 114 909 (114 459) zu erreichen. In den folgenden Monaten ging die Mitgliederzahl bis zum 1. September auf 112 113 (112 948) zurück. Eine allmähliche Steigerung, besonders im vierten Quartal, woran auch die Baugewerbe etwas profitierte, brachte die Mitgliederzahl bis zum 1. Dezember wieder auf 114 358. Der Mitgliederbestand am 1. Januar 1910 betrug in diesen Klassen 112 814, das sind 3286 oder 3 pZt. mehr als zu Beginn des Jahres 1909. Der Beschäftigungsgrad, d. h. die Zahl der auf 1000 Einwohner entfallenden arbeitsfähigen Klassenmitglieder stellte sich am höchsten mit 226,6 am 1. Juni (240,4 am 1. Mai), am niedrigsten mit 220,8 am Jahreseschluß. Das Stellenangebot bei den vier größten am Orte bestehenden Arbeitsnachweiser war um 17,4 pZt., die Zahl der Vermittlungen um 5,8 pZt. niedriger, während die Arbeitsnachfrage die vorjährige um 5 pZt. überstieg. Auf 100 Arbeitssuchende kamen im Berichtsjahre 28 offene Stellen und 25 Vermittlungen. Auf das Baugewerbe hat zu Anfang des Jahres der lange und kalte Winter noch einen großen Einfluß ausgeübt. Viele unserer Kollegen gerieten in Schulden, an deren Abtragung sie bis weit in den Sommer hinein zu tun hatten. Der Arbeitsmarkt lag im Frühjahr im Baugewerbe so, daß auf 100 offene Stellen 235 Angebote kamen gegen 150 im Vorjahre. Auch die nachfolgenden Monate waren für das hiesige Baugewerbe keineswegs günstig. Der Prozentjah der wegen Arbeitsmangels feiernden Kollegen betrug nach den von uns vorgenommenen Arbeitslosenzählungen am 30. Januar 29, am 27. Februar 24 und am 27. März noch 14 pZt. Am niedrigsten war die Zahl der wegen Mangels an Arbeit feiernden Kollegen mit rund 5 pZt. am 26. Juni. Am 25. September mußten rund 7 pZt. wegen Mangels an Arbeit feiern, während es am Jahreseschluß (24. Dezember) 14 pZt. waren. Was die Bautätigkeit anbelangt, können wir mit gewissenhaftem Material nur für die Stadt Cöln und nur bis zum Schluß des dritten Quartals dienen. So wurden im ersten Quartal des verfloffenen Jahres an Gebäuden errichtet 186 (258, 357) die in Klammern beigefügten Zahlen beziehen sich immer auf die gleiche Zeit der Jahre 1908 und 1907, davon waren Wohnhäuser 101 (141, 244). Das zweite Quartal brachte 223 (209, 232) neue Gebäude, davon 88 (100, 143) Wohnhäuser. Im dritten Quartal wurden 194 (200, 233) Gebäude errichtet, wovon 98 (88, 203) Wohnhäuser waren. Eine Belebung des Baumarktes machte sich um diese Zeit wohl insoweit bemerkbar, daß die Zahl der genehmigten Neu- und Erweiterungsbauten 356 (290, 301) betrug. Die Vermehrung von Wohngelegenheit gestaltete sich folgendermaßen: Im ersten Quartal entfielen 637 (857, 1242) neue Wohnungen mit 2495 (3477, 6017) Wohnräumen oder auf je 10 000 Einwohner 13,6 (18,7, 84,6) bzw. 33 (76, 135). Im zweiten Quartal entfielen 436 (643, 833) Wohnungen mit 1897 (2492, 3252) Wohnräumen oder 9,3 (13,9, 18,5) bzw. 40 (54, 75) auf 10 000 Einwohner. Das dritte Quartal brachte 656 (502, 1281) neue Wohnungen mit 2413 (1913, 6126) Wohnräumen oder auf je 10 000 Einwohner 11,8 (10,8, 28,3) Wohnungen und 51 (41, 113) Wohnräume. Unter den neu errichteten Wohnungen befanden sich aus einem bis drei Wohnräumen bestehende Wohnungen: im ersten Quartal 323 (404, 758), im zweiten Quartal 203 (310, 391) und im dritten Quartal 231 (276, 547) oder 6,9 (8,8, 16,9) bzw. 4,3 (6,7, 8,7) bzw. 4,9 (6,0, 13,0) auf 10 000 Einwohner. Der Prozentjah der leerstehenden Wohnungen betrug im Dezember 1908 4,1 gegen 4,8 im Jahre 1907. Für das verfloffene Jahr ist das Resultat von dem im Dezember gemachten Feststellungen, noch nicht heraus. Ein kurzer Rückblick auf die Bautätigkeit des Jahres 1908 besagt, daß diese einen beträchtlich niedrigen Stand erreicht hatte, wie dies in den letzten 15 Jahren nur 1901 beobachtet wurde. Seit dem Jahre 1905 haben die Baugesuche fortwährend abgenommen. Die Zahl der gegen Ende Dezember 1908 im Bau begriffenen Wohnhäuser blieb gegen das Vorjahr um rund ein Viertel und gegen 1906 um fast zwei Drittel zurück. Die Zahl der errichteten Gebäude stellte sich im Jahre 1909 auf 898 (1095, 1189), die der Wohngebäude auf 424 (725, 812). Die Reingewinnnahme an Wohnungen belief sich auf 2350 (4165, 4637) oder 50,8 (92,1, 103,9) auf 10 000 Einwohner und für die Kleinwohnungen auf 1114 (1875, 2082) oder 24,1 (41,6, 47,7). Die Wohnungsnachfrage belief sich im Jahre 1909 auf zusammen 40 747 (40 880, 40 490) Wohnungen. Das Wohnungsangebot betrug demgegenüber 39 947 (41 231, 41 220). Hiernach übersteigt die Nachfrage nach Wohnungen das Angebot um 810; geht man aber die Mehrherstellung von 1906 bis 1908 in Betracht, so ergibt sich am Schluß des Jahres 1908 noch immer ein Ueberschuß von 261 Wohnungen. — Was die Bautätigkeit im laufenden Jahre anbelangt, so steht zu erwarten, daß sie besser werden wird. Insbesondere ist zu erwähnen, daß die öffentliche Bau-

tätigkeit, die während der letzten Jahre überhaupt nicht als schlecht bezeichnet werden konnte, auch im kommenden Jahre nicht zurückgehen wird. So werden zum Beispiel für die Umgestaltung der Bahnanlagen in Mülheim a. Rh. und Skalk im preussischen Haushaltsset für 1910 wieder $\text{M} 3 300 000$ angefordert. Zur Bestellung von Geschäfts- und Dienstwohngebäuden für die Eisenbahn wird eine Million angefordert. Weiter werden für die Wasser-versorgung der Bahnhöfe Cöln-Hauptbahnhof und Cöln-Bercon sowie für den Güterbahnhof Deutzerfeld und die Umgestaltung der Zentralwerkstätte in Cöln-Nippes außer den bereits bewilligten Geldern $\text{M} 450 000$ für 1910 verlangt. Ferner wird für die Umgestaltung der Bahnhöfe Brühl, Lizar und Bohn, deren Gesamtanforderung sich auf rund $\text{M} 3 350 000$ belaufen, für das Jahr 1910 eine Million angefordert. Außerdem werden noch weitere Summen für bereits angefangene Bautätigkeiten u. v. verlangt. Auch die Stadt Cöln wird im laufenden Jahre mit ihren Bauaufträgen nicht zurückgehen; wurde doch noch in einer der letzten Stadtkonventionen des verfloffenen Jahres von einem Beigeordneten darauf hingewiesen, daß man im laufenden Jahre nur für Schulbauten drei Millionen fordern würde. Wenn man berücksichtigt, daß gegenwärtig in Cöln fünf große Schulbauten in der Ausführung begriffen sind, so muß man zu der Auffassung kommen, daß auf diesem Gebiete früher vieles vernachlässigt worden ist. — Was die Agitation anbelangt, so wurde im März mit der Vorbereitung zur Hausagitation begonnen und diese Ende März mit dem Flugblatt des Hauptvorstandes eingeleitet. Außerdem wurden verschiedene Flugblätter vom Zweigvereinsvorstand herausgegeben. Neu aufgenommen wurden (ohne die aus andern Verbänden u. s. Uebergetretenen) 397 Kollegen. In Laufzetteln u. v. wurden im ganzen rund 38 000 benötigt, wovon 29 000 auf dem Zweigvereinsbureau angefertigt wurden. Es haben 43 öffentliche, 11 General- und 194 Zahlstellen- und Sektionsversammlungen stattgefunden, außerdem 259 Sitzungen aller Art, 74 Besprechungen, 5 Schlichtungskommissionen- und 1 Unterfornmissionsung; zusammen also 587 Veranstaltungen. — Wauperrern fanden im ganzen zehn statt, und zwar handelte es sich in vier Fällen um die Mauer und in sechs Fällen um die Ruher. Alle wurden im Sinne des Vertrages erledigt. Im Plattengewerbe kam es zu keiner Sperrung; denn diese Unternehmer gehören alle der Unternehmerorganisation an, für die bekanntlich zur Schlichtung von Streitigkeiten die Schlichtungskommission und das Einigungsamt eingesetzt sind. Diese Körperschaften sind dem auch verschiedentlich zugunommen worden. Wo Vertragsbruch vorlag, wurde der schuldige Teil, die Unternehmer, auch verpflichtet, die tariflichen Bedingungen zu erfüllen; aber die Klagen sind trotzdem nicht weniger geworden, und zwar deshalb nicht, weil sich die Unternehmer trotz der Verpflichtungen der vorgehenden Instanzen — Teufel — um den Tarif bekümmerten. Das gleiche gilt auch im Ruhergewerbe; auch hier glauben die Unternehmer, machen zu können, was ihnen beliebt. Leider halten unsere Kollegen in manchen Fällen viel zu viel hinter dem Berge. Der eine hat Angst vor dem andern; viele betrachten sich nicht mehr als Kollegen, sondern als Konkurrenten. Daß dadurch nicht nur die festgelegten Lohn- und Arbeitsbedingungen, sondern auch die Organisation in ganz erheblichem Maße leiden, sondern auch die Organisation in Mitgliedschaft gezogen ist, ist erklärlich. Es soll dabei nicht außer gelassen werden, daß manche unserer Kollegen die wirtschaftlichen Verhältnisse zu etwas zwingen, was ihnen selber zuwider war. Es ist aber zu bedenken, daß durch solche Maßnahmen nicht allein Verbesserungen völlig ausgeschlossen sind, sondern auch das bereits Bestehende äußerst in Frage gestellt wird. Daher ist es notwendig, daß sich namentlich auch die in Arbeit stehenden Kollegen, wie das ja vorwiegend im Ruher- und Plattengewerbe der Fall ist, mehr als bisher die gegenseitige Achtung beobachten, um dadurch sich selbst und ihren Kollegen sowie ihrer Organisation zu dienen. Was die finanzielle Seite des Zweigvereins anbelangt, so hatte die Hauptkasse eine Einnahme von $\text{M} 32 211,85$ und eine Ausgabe von $\text{M} 21 211,85$. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von $\text{M} 19 849,29$ und eine Ausgabe von $\text{M} 15 373,74$; der Kassenbestand beträgt ohne die Bestände in den Zahlstellen und Sektionen $\text{M} 4475,55$. Den schwedischen Kämpfern wurden im ganzen $\text{M} 746,20$ überwiesen. Eine geringe Konwärtentückelung des Zweigvereins gegen die vorhergehenden Jahre war erst mit dem vierten Quartal zu verzeichnen. Soffen wollen wir, daß im laufenden Jahre die Erwerbsverhältnisse für die Kollegen sich dauernd bessern; damit wird dann zugleich auch eine härtere Entwicklung der Organisation verbunden sein.

Deutsches Cöln. Am 6. Februar fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Der Kassierer gab die Abrechnung vom vierten Quartal. Die Jahresabrechnung ergab eine Einnahme von $\text{M} 801,70$, der eine Ausgabe von $\text{M} 311,60$ gegenübersteht. Zinstrogend sind $\text{M} 400$ angelegt. Den Vorstandsmitgliedern wurde für das vergangene Jahr eine Entschädigung von $\text{M} 72$ bewilligt. Drei Kollegen erhielten aus der Lokalkasse eine Unterstützung von $\text{M} 40$. Es wurde dann noch die Lohnfrage besprochen und beschlossen, hierzu in einer besonderen Versammlung Stellung zu nehmen.

Duisburg-Nußort. (Jahresbericht.) Im Gegenjah zu früheren Jahren, wo Duisburg und Nußort selbständige Zweigvereine waren, erstreckt sich diesmal der Bericht auf beide Orte in einem zusammengelegten Zweigverein. Nachdem in den Jahren 1905 und 1906 die Eingemeindung der Orte Weidrich, Nußort, Laar und Veef zu Duisburg vor sich gegangen war, wurde auch die Vermittlung der beiden Zweigvereine aktuell und durch die Bestimmungen im Statut bedingt. Eine Reihe von Sitzungen im Beisein des Gew- und Verbandsvorstandes traf die Vorbereitungen; aber die bestehenden Versammlungen in Duisburg lehten die Zusammenlegung ab. Trotzdem wurde im Berichtsjahre die Frage wieder aufgeworfen, und durch das Auge Gabeln der dazu bezuziehenden Kollegen wurde die aufstrebende Frage der Vermittlung der Mauer und Bauarbeiter gelang es, die Kollegen beider Zweigvereine von der Notwendigkeit der Zusammenlegung zu überzeugen, so daß seit dem

1. November beide Orte ein Zweigverein sind. Was nun die Bautätigkeit anbelangt, so läßt sich davon wenig sagen; denn die Behörden am Niederrhein legen aufeinander auf eine Statistik wenig Gewicht. Heber den Wohnungsmarkt steigt gar nichts Statistisches vor; die Großstadt Duisburg gibt Monatsberichte heraus, die aber für 1909 erst bis Oktober vorhanden sind. Aus diesen ist zu entnehmen, daß von Januar bis Oktober 837 Bauerlaubnisse erteilt sind, gegen 936 im gleichen Zeitraum 1908. Unter den gesamten Erlaubnissen waren 1909 sechs solche für öffentliche Gebäude, 382 für Wohnzwecke, und das übrige verteilt sich auf gewerbliche Wirtschaften- und sonstige Anlagen. Trotzdem die Bautätigkeit schon im Jahre 1908 gegen die früheren Jahre bedeutend zurückgegangen ist, ist sie 1909 nochmals weniger geworden. Die Bautätigkeit im übrigen Gebiet, wo sie vornehmlich von der Kohlenindustrie abhängig ist, war durch die Krise im Bergbau schlecht. Auf der linken Rheinseite, von Friemersheim bis Mors, liegt die Bautätigkeit gänzlich daüber, und hier besteht auch nicht die geringste Aussicht auf eine Besserung. Dagegen wird sich bei Rheinberg-Linfort durch das Abtaufen neuer Kohlenflüsse in nächster Zeit eine bessere Konjunktur entfalten. Auch in der gegen Bürgermeisterei Samborn und der Stadt Dinslaken war die Konjunktur gegen die vorhergehenden Jahre mangelhaft. Vergleicht man die Zahlen der beschäftigten Mauer von 1905 an bis jetzt, so ist auch hieraus das rapide Absinken der Konjunktur ersichtlich. Es waren in dem jetzigen Zweigvereinsgebiet Mauer beschäftigt: 1905—1790, 1906—1969, 1907—1916, 1908—1239, 1909—1358. Diese Verhältnisse in Verbindung mit der teilweise in der Krise begründeten Saumfeldigkeit der Mitglieder waren dazu angetan, das Organisationsleben gänzlich zu beeinträchtigen. Die durchschnittliche Mitgliederzahl betrug 821; Neueintritte waren 332; Austrittsmitglieder wurden 31 530 oder pro Mitglied 38,04 umgelegt. Die Gesamtsumme inklusive Kassenbestand betrug $\text{M} 29 080,09$. Die Ausgaben gestalteten sich folgendermaßen: In die Hauptkasse abgegangen $\text{M} 10 316,42$ für Streif-, Reise-, Gemahrgeldern-, Sterbe- und Krankenunterstützung sowie Rechtschutz $\text{M} 2712,98$, lokale Ausgaben $\text{M} 9186,50$, mithin eine Gesamtsumme von $\text{M} 22 215,90$; bleibt demnach ein Kassenbestand von $\text{M} 6864,10$. Es haben 148 Mitglieder- und 11 Generalversammlungen, 40 Zweigvereinsvorstandsitzungen und 10 Kassenrevisionen stattgefunden. Ein Ueberschlag ergibt sich, wenn man in einzelnen Zahlstellen die Mitgliederzahl und den Martenverkauf einander gegenüberstellt; denn dann stellt sich heraus, daß eine ganze Reihe Kollegen ihren Beitrag in den Zahlstellen zahlen, ohne sich anzumelden, so daß sie gar nicht in der Mitgliederliste geführt werden. Dies zu beseitigen, muß Aufgabe der Zahlstellenvorstände und der Kollegen auf den Bauten sein. Leider findet das beste Mittel, durch das viele Uebelstände in der Organisation beseitigt werden könnten, das Audelegierte n e n, im ganzen Gebiete unter den Kollegen sehr wenig Anklang, und solange dies der Fall ist, wird eine Besserung in vielen Fällen nicht eintreten. Auch der Bauarbeitersektus läßt allgemein vieles zu wünschen übrig. Unsere Behörden am Niederrhein haben zu solchen Dingen zu wenig Zeit; denn sie müssen Vorkehrungen treffen zur Ausrottung des Umfuzes. Dies geschieht durch heimliche Schikanen, wie Abtreibung der Lokale in den einzelnen Orten u. v. Da der größte Teil des Zweigvereinsgebietes unter Vertrag steht und die außer dem Vertrag stehenden Orte Friemersheim, Somborn und Mors keine gute Konjunktur hatten, hatten vor keine Lohnbewegungen, mit Ausnahme der auf dem Kruppischen Werke Rheinhausen durch Lohnzahlung hervorgerufenen Bewegung. Die dortigen Mauer und Bauarbeiter glaubten, durch den Eintritt in den Verband den Weg in einigen Tagen weismachen zu können, und als dies nicht geschah, machten sie sich wieder aus dem Staube. Die Bewegung verlief im Sande. Die Innehaltung der Vertragsbestimmungen in puncto Arbeitszeit läßt vornehmlich im Herbst und Winter viel zu wünschen übrig. Auch gibt es einzelne Unternehmer, die von Zeit zu Zeit versuchen, von den vertraglichen Lohn- und Kündigungbestimmungen abzuweichen. In den meisten Fällen aber mußten sie durch das Eingreifen der Zweigvereinsleitung vor der Schlichtungskommission oder dem Gewerbergericht das Veräumte durch Nachzahlung begleichen. Werden die Summen zusammengestellt, so ergibt sich ein ganz enormer Vorteil für die betreffenden Kollegen, den sie dem Verbandsverbanden haben. Mandatmal dauert das Anrufen der Schlichtungskommission oder des Einigungsamtes etwas lange; so ist es in Duisburg mehrmals vorgekommen, daß man ein bis zwei Monate, ja einmal vom 18. September bis 30. November, warten mußte, bis es den Unternehmern gefiel, eine Sitzung zu arrangieren. Bei dem Einigungsamte liegt es ähnlich. Von der Duisburger Schlichtungskommission wurde am 18. Oktober beim Einigungsamt eine Verfügung anhängig gemacht, die nach einer Mitteilung nun am 15. Februar verhandelt werden soll. Da darf man auf die Funktion der höheren Instanz gespannt sein. Diese Vorformnisse in der Innehaltung der Vertragsbestimmungen sowie die Betätigung der Unternehmer in der Schlichtungskommission spiegeln sich ja auch wider in den bis jetzt gepflogenen Tarifverhandlungen für das neue Vertragsverhältnis. Der Drang nach willfährlicher Festlegung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ist eine historische Eigenschaft der Unternehmer im allgemeinen und der hiesigen im besonderen. Aber das Eingreifen der Organisation hat es ermöglicht, aus anarchoischen Zuständen im Baugewerbe des Niederrheins geregelte zu schaffen. Ihre vornehmliche Aufgabe ist es auch in Zukunft, die Verhältnisse menschlich zu gestalten. Daran mitzuarbeiten, muß Pflicht eines jeden Kollegen sein. Wie zur Sache, Offertum auf allen Gebieten in der Bewegung, Vertrauen zur Zweigvereinsleitung wird und muß unser Ziel verwirklichen.

Frankenhausen a. R. Am 30. Januar hielt unser Zweigverein seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, zu der von 105 Mitgliedern, 53 erschienen waren. Der Kassierer verlas die Abrechnung vom vierten Quartal und die Jahresabrechnung. Beide wurden als richtig anerkannt und dem Kassierer Entlastung erteilt. Beim Punkt „Lohnverhältnisse“ wurden der Vorstand und die

Rohstoffkommission aufgefordert, zur Einleitung der Bewe...

Fulda. Am 23. Januar fand die Generalversammlung un...

zu 65 3, 1498 à 50 3, 850 à 45 3, 1067 à 40 3, 21 à 35 3...

Graubenz. (Jahresbericht.) Die Wirtschaftslage und Arbeitslosigkeit...

nicht abschreden, unerschrocken für die Ausbreitung unse...

Guben. (Jahresbericht.) Das Jahr 1909 war für unsern Zweigverein äußerst unangünstig...

abläuft. In unsere Kollegen werden deshalb abermals recht hohe und ernste Anforderungen gestellt. Die Unternehmer rüsten zum Kampf, sie legen uns zum zweitenmal einen Arbeiterkampf vor, in dem alle ihre Wünsche entfallen sind. Uns aber kündigen sie durch Bundesbeschlüsse an, daß wir jegliche Forderungen fünf Jahre zurückzustellen haben, widrigenfalls sie ihre Radmittel anwenden wollen, um uns niederknügen. Darum, Kollegen, rüsten auch wir zum Kampf, damit, wenn der Sturm losbricht, er an unserer gepanzerten Mauer abprallt und wir dann wiederum siegreich durch die Morgensterne marschieren.

Halle a. d. S. Am 30. Januar hielt der Zweigverein Halle seine ordentliche Generalversammlung ab. Den Jahresbericht, der den Mitgliedern gedruckt zugegangen war, erstattete Kollege Dege. Da bei uns am Orte ein großer Mangel an Wohnungen vorhanden ist, wurde allgemein erwartet, daß das Jahr 1909 mit einer lebhaften Bautätigkeit einfielen würde. Die wirtschaftliche Krise hielt jedoch im Baugewerbe bis Ende März an. Erst dann machte sich ein Aufschwung der Konjunktur bemerkbar, der aber in der zweiten Hälfte des Jahres wieder ganz gemäßig abblaute. Nach der amtlichen Statistik wurden festgelegt:

| | 1907 | 1908 | 1909 |
|--------------------------------|------|------|------|
| Bahn- und Geschäftshäuser | 102 | 118 | 134 |
| Fabrik- und Wirtschaftsgebäude | 78 | 63 | 62 |
| Größere Umbauten | 64 | 66 | 62 |
| Kleine bauliche Veränderungen | 613 | 613 | 618 |
| Kanal- und Klärgruben | 330 | 315 | 385 |
| Zusammen | 1187 | 1175 | 1251 |

In den ländlichen Bezirken war die Bautätigkeit besser als im Vorjahre, mit Ausnahme von Delau. In der Agitation wurde auch im verfloffenen Jahre nichts unterlassen, um die Organisation auszubauen und zu stärken. Trotzdem im Jahre 1908 164 Kollegen wegen Schulden gestrichen werden mußten, ist doch zu konstatieren, daß die Kollegen von der Notwendigkeit der Organisation überzeugt sind; denn die übergroße Gasse ist dem Verbands wieder beigetreten, so daß 90 pzt. aller Kollegen im Zweigvereinsgebiet organisiert sind. Der Versammlungsbuch ließ im vergangenen Jahre allgemein sehr viel zu wünschen übrig. In den letzten Monaten machte sich allerdings ein regeres Interesse der Kollegen bemerkbar, was wohl jedenfalls der kommenden Lohnbewegung zuzuschreiben ist. Es haben im Berichtsjahre 56 Mitgliederberatungen, 7 Zweigvereinskonferenzen, 27 Vorstandssitzungen, 7 kombinierte Sitzungen und 3 Buntendbesprechungen (Maurer und Hilfsarbeiter) stattgefunden. Waren durch den Tarifabschluß von 1907 bis 31. März 1910 die Lohn- und Arbeitsbedingungen für Halle und Sororte sowie für Dienft, Wölsberg und Jessendorf geregelt, so trat dies auf einen andern großen Teil des Zweigvereinsgebietes nicht zu. Auch dort mußte sich die Organisation wie an andern Orten erst Einfluß verschaffen. Am 30. Dezember 1908 kündigten die Unternehmer von Landsberg den bis zum 31. März 1909 bestehenden Vertrag. Die Landsberger Kollegen beschloßen in einer Versammlung am 28. Februar 1909, den Vertrag um ein Jahr zu verlängern. Maurermeister Koch, Vorsitzender des Arbeiterverbandes der Ortsgruppe Landsberg, glaubte sich jedoch berechtigt, den bestehenden Vertrag vor Ablauf drehen zu können, indem er den Stundenlohn um 5 1/2 reduzierte. Als alle Bemühungen, die Angelegenheit auf gutlichem Wege zu regeln, scheiterten, wurde am 3. April 1909 die Sperre über sein Geschäft verhängt. Am 15. April 1909 erhielt die Verbandsleitung eine schriftliche Erklärung Kochs, worin er sich bereit erklärte, den Lohn von 42 1/2 für das Jahr weiter zu zahlen. Auch die andern vier Unternehmer verpflichteten sich, den Vertrag um ein Jahr zu verlängern. Die Kollegen von Rietleben, Fieberden, Delau, Biettau, Reitin, Bradmisch und Friedrichshagen beschloßen am 28. März 1909, daß diese Orte ein Kolonnengebiet bilden sollten. Gleichzeitig wurde beschlossen, den Unternehmern eine Lohnforderung von 55 1/2 zu unterbreiten. In der Antwort, die uns am 7. April 1909 zugeht, erklärten die Unternehmer, daß sie es ablehnen müßten, unsere Wünsche zu berücksichtigen. Die darauf abgehaltenen Versammlungen beschloßen am 17. April 1909 den Streik. Nachdem die Arbeit eingestellt war, erklärten sich alle Unternehmer bereit, in Verhandlungen einzutreten, wobei die schriftliche Vereinbarung getroffen wurde, daß der Stundenlohn sofort von 50 auf 53 1/2 und vom 1. Januar 1910 an bis Ende 1910 auf 55 1/2 zu erhöhen sei. Nur der Unternehmer Wölsberg-Reitin ließ sich erst am 7. Mai 1909 herbei, die Vereinbarungen anzuerkennen. Die in den Elektrotechnischen Werken in Ammendorf beschäftigten Kollegen beschloßen am 20. März 1909, der Direktion eine Lohnforderung zu unterbreiten, die für 1909 auf 60 1/2 und für 1910 auf 52 1/2 lautete. Bis dahin wurden 40 bis 44 1/2 gezahlt. Der Bewegung schloßen sich die Zimmerer und Holzarbeiter an. Durch mehrmaliges Verhandeln des Arbeiterausschusses mit der Fabrikleitung wurde vereinbart, daß der Lohn der Maurer, Zimmerer und Holzarbeiter am 1. Mai 1909 auf 46 1/2, am 1. Mai 1910 auf 48 1/2, am 1. Mai 1911 auf 49 1/2 und am 1. Mai 1912 auf 50 1/2 erhöht werden soll. Auch die übrigen Kollegen aus den Orten Ammendorf, Beesen, Madewell, Olendorf, Döllnitz und Kochau hatten das Bedürfnis, die Löhne zu verbessern. In einer Versammlung am 11. Mai 1909 wurde beschlossen, für 1909 52 1/2 und für 1910 55 1/2 zu fordern. In einer Sitzung am 18. Mai 1909 verständigte man sich dahin, den Lohn nur für das Jahr 1910 festzulegen; da das Kolonnengebiet Ammendorf im Jahre 1910 unter den Reichsstarif fallen soll. Nach langen Verhandlungen horten die Unternehmer folgendes: Der Stundenlohn wird sofort von 46 auf 48 1/2 und vom 1. Oktober 1909 bis 31. März 1910 um einen weiteren Pfennig erhöht. Dieses Angebot lebten unsere Kollegen ab. Daraufhin bewilligten die Unternehmer einen dritten Pfennig Zulage vom 1. Juli 1909 an. Diesem Angebot stimmte eine spätere Versammlung zu. Die Kollegen in den Lohngebieten Reibeburg, Camena, Bruchdorf, Dieztau und Umgegen nahmen in diesem Jahre von einer Lohnbewegung Abstand; der Vertrag wurde stillschweigend um ein Jahr verlängert. In Oppin wurde der Vertrag gleichfalls um

ein Jahr verlängert. Für das Kolonnengebiet Söbbschkeit und Umgegen wurde wegen Zerfahrenheit unter den dortigen Kollegen von einer Lohnbewegung Abstand genommen. Einen zweieinhalbwöchigen Streik hatten die Kollegen in Reitin durchzuführen. Die Forderung, Erhöhung des Stundenlohnes um 5 1/2 (von 37 1/2 auf 42 1/2) verteilt auf zwei Jahre, wurde von den Unternehmern rundweg abgelehnt. Durch Zugung von Italienern, die 45 1/2 bis 50 1/2 Stundenlohn sowie freies Logis erhielten, ging der Kampf verloren. Wegen Nichtzahlung des Lohnes mußte die Verbandsleitung in acht Fällen, wegen Verlängerung der Arbeitszeit in sechs Fällen, wegen Nachregelung in zwei Fällen und wegen Mißständen auf Bauten in zehn Fällen einschreiten, die zugunsten der Kollegen erledigt wurden. Im Berichtsjahre wurden 245 Kollegen neu aufgenommen. Zugereist sind 317, abgereist 376, ausgetreten 10, ausgeschieden 5, gestorben 12, zum Militär eingezogen 19, wegen rüchtländiger Beiträge gestrichen 9. Die Mitgliederzahl betrug im ersten Quartal 1910, im zweiten 1713, im dritten 1639, im vierten 1667, im Durchschnitt 1615. Die Bibliothek wurde im Berichtsjahre nicht so benutzt, wie es im Interesse der Arbeiterbewegung wünschenswert wäre. Gelesen wurden von 130 Kollegen 427 Bände. In der Versammlung am 28. November 1909 wurde beschlossen, unsere Bibliothek der Zentralbibliothek anzuschließen, worauf am 28. Dezember 319 Bände übergeben wurden. Krankenunterstützung wurde in 200 Fällen für 3955 Tage ausgezahlt. In Sterbeunterstützung wurden in 19 Fällen $\text{M} 1116$ ausgezahlt. — Weiter anschließend verlas der Geschäftsführer die Quartals- und Jahresabrechnung. Die Quartalsabrechnung für die Hauptkasse bilanzierte in Einnahme und Ausgabe mit $\text{M} 7402$. Die Kassa hatte eine Einnahme von $\text{M} 6300,60$, eine Ausgabe von $\text{M} 2228,59$ und einen Bestand von $\text{M} 4072,01$. Die Jahresabrechnung für die Hauptkasse bilanzierte in Einnahme und Ausgabe mit $\text{M} 33171$. Die Kassa hatte eine Einnahme von $\text{M} 12734,17$ und eine Ausgabe von $\text{M} 8662,16$. Der Bestand beträgt $\text{M} 4072,01$. In der anschließenden Diskussion wurde von mehreren Kollegen darauf aufmerksam gemacht, daß die Beiträge an das Kartell und Sekretariat entfielen zu hoch seien. Das Kartell hätte überhaupt keine Bedeutung, denn die eventuelle Büchse der Gewerkschaftsmitglieder würden einfach ignoriert. Der beste Beweis sei die Anstellung eines zweiten Sekretärs. Zwar seien die Gewerkschaftsverbände zugezogen worden, aber ohne daß die Mitglieder gefragt würden, sei die Anstellung vor sich gegangen. Kollege Röber erwiderte, daß die Sekretariatskommission auf Grund des Statuts ermächtigt war, die Anstellung allein vorzunehmen, es wären jedoch die Vorstände und Kartellbelegierten zugezogen worden, was wohl genügen dürfte. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl des alten Vorstandes, mit Ausnahme des Kollegen S. Voigt, der neu gewählt wurde. Gleichzeitig wurde nochmals auf den Mißbrauch aufmerksam gemacht. Alle Kollegen, die sich gemeldet haben, sind verpflichtet, jeden Vortragsabend zu besuchen.

Heidenheim. Am 6. Februar tagte unsere Generalversammlung, deren Besuch viel zu wünschen übrig ließ, obwohl die Kollegen schon acht Tage vorher davon in Kenntnis gesetzt worden waren. Das ist ihrer meistens so; wenn wichtige Punkte auf der Tagesordnung stehen, dann haben die Kollegen etwas anderes zu tun; aber nachher glauben die, die gefehlt haben, das größte Recht zu haben, auf die Leitung des Zweigvereins zu schimpfen. Hoffentlich wird es in diesem Jahre damit besser. Der Vorsitzende erstattete den Jahresbericht und streifte in längerer Ausführungen die Vorleistungen des verfloffenen Jahres. Dann verlas der Kassierer die Jahresabrechnung; diese wurde für richtig befunden und dem Kassierer Entlastung erteilt. Bei der Neuwahl wurde der feierliche Vorstand wiedergewählt. Zwei weitere Punkte konnten nicht mehr erledigt werden, weil inzwischen mehrere Kollegen davon gelaufen waren. Da die Bautätigkeit in diesem Jahre in unserm Bezirk besser werden dürfte, so ist es Pflicht eines jeden Kollegen, die uns noch fernstehenden Kollegen für uns zu gewinnen. Kollegen, laßt den persönlichen Haß fallen und schließt euch fester zusammen, damit wir in diesem Jahre einen guten Schritt vorwärts machen können.

Karlsruhe. (Jahresbericht.) Dester hatte es im verfloffenen Jahre den Anschein, als ob manche Unternehmer es darauf abgesehen hätten, den Kollegen ihre traurige Lage durch eine recht schlechte, rüchtländlose Behandlung noch besonders vor Augen zu führen. Noch nie war es in einem Jahre vorher nötig geworden, so viele Werksratsversammlungen anzuberaumen, um Stellung gegen die Behandlung der Arbeiter durch die Unternehmer zu nehmen, wie im Berichtsjahre. Ausdrücke wie „Pauzenger“ und dergleichen mehr konnte man hin und wieder von Unternehmern zu hören bekommen. Mit Hilfe der Organisation war es immer wieder möglich, diese Leute in die Schranken zurückzuweisen. In verschiedenen Schlichtungskommissionssitzungen mußte man über Differenzen verschiedener Art zu Gericht sitzen, und es ist nicht zum wenigsten dem Einfluß der Organisation zu verdanken, daß in allen Fällen eine Einigung erzielt werden konnte. Die einzige Firma, mit der wir uns das ganze Jahr hindurch herumschlagen mußten, war die Firma Mall & Peter von Pforzheim, der das Empfangsgebäude des neuen Bahnhofes übertrug war. Sie schloß sich gleich im Frühjahr damit in Karlsruhe ein, daß sie drei Maurer entließ, weil diese nicht genug arbeiteten. Von uns konnte aber der Nachweis erbracht werden, daß es sich nur um eine Voreingenommenheit des Poliers Stufli, der übrigens das ganze Jahr eine traurige Rolle spielte, gegen die Kollegen gehandelt hat. Als wir eine Sperre ankündigten, wurden die Kollegen in letzter Stunde wieder weiter beschäftigt. Die Firma versuchte auch keine Luft mehr, diese noch einmal zu entlassen. Mehrere Male mußten wir auch wegen des schiefen Vorgehens dieser Firma die Generaldirektion der badischen Eisenbahnen zu Hilfe rufen, und es wurde dann auch der Firma klar gemacht, daß es nicht angebracht sei, willkürlich Leute zu entlassen und an deren Stelle wieder andere einzustellen. Eine hervorragende Rolle spielte im Berichtsjahre auch die Firma Gebr. Held in Karlsruhe. Dester kam der eine

dieser Unternehmer auf die Baustelle und begrüßte die Kollegen mit den Worten: „Ala, nur drauf, säuert Sie die Steine nicht so lange an, fieden Sie besser hinein, sonst machen wir etwas anderes, ich beobachte Sie schon die ganze Woche.“ Diese Drohung wurde auch durch die Entlassung von Kollegen wahr gemacht. Auch in diesem Geschäft spielte ein Polier eine traurige Rolle. Fast jeden Tag war dieser Stellvertreter seines Unternehmers betrunken, und es konnte sehr oft wahrgenommen werden, daß er, um seinen Zustand dem Unternehmer zu verdeutlichen, die Maurer bei letzterem anschwärzte. Fast jeden Tag lagten unsere Kollegen über das Gebahren dieses Poliers, so daß wir beim Baugewerbestand beantragten, eine Schlichtungskommissionssitzung möge beschließen, Herr Held solle den Mann als Polier absetzen und als Maurer beschäftigen. Der Beschluß ging dahin, daß sich Held verpflichtete, den Polier Weinrecht sofort abzusetzen, wenn er in Zukunft wieder betrunken auf der Baustelle herumlaufe. Weinrecht scheint daraus die nötigen Lehren gezogen zu haben; denn er hat sich in Bezug auf den Genuß von Alkohol ganz gewaltig gebessert. — Ueber die Durchführung des Bauarbeiterkongresses müssen wir auch in diesem Jahre wieder das gleiche Klagebild anstimmen wie früher. Wenn auch an Privatbauten eine Besserung eingetreten ist, so trifft dies leider bei Staatsbauten nicht zu. Im Gegenteil, dort herrschen Zustände, wie wir sie seit Jahren an Privatbauten nicht mehr kennen. Insbesondere bestehen die Mißstände aus der mangelhaften Abdeckung, schlechtem Gerüstwesen und schlechten Leitern. Eine Zeilung war es geradezu an der Tagesordnung, daß am Bahnhofsbau alle paar Tage Unfälle vorkamen. In der Presse wurde über diese Dinge eine äußerst scharfe Kritik geführt. Beschwerden wurden bei der zuständigen Behörde eingereicht; genügt hat es aber nichts. Bei uns in Baden bleibt alles beim alten; zu einer durchgreifenden Kontrolle an Staatsbauten hat der badische Staat kein Geld, einerlei, ob Hunderte von Arbeitern dabei zugrunde gehen. Es wäre wahrhaftig besser, wenn in gewissen Kreisen endlich einmal auf das wohlwollende Entgegenkommen mit schönen Worten von der Regierung den Arbeitern gegenüber gepiffen und dafür Taten verlangt würden. — Lohnbewegungen hatten wir in unserm Bezirk im Berichtsjahre drei zu verzeichnen. In Etlingen wurde nach 17 Tagen Streik ein Vertrag mit dem Unternehmer Beck mit einer Stundenlohnserhöhung von 5 1/2 abgeschlossen. Die Firma Kiefer & Engel von Kriemlingen glaubte Leute entlassen zu können, weil sie nicht im Afford arbeiten wollten. Es kam zur Sperre, und auch hier wurde nach zwei Tagen ein Vertrag abgeschlossen. Die im Jahre 1909 mit verschiedenen Zementgeschäften abgeschlossenen Verträge wurden zum 31. März 1909 von uns gekündigt. Anfangs August wurde mit dem Baugewerbestand für alle Betongeschäfte ein neuer Tarifvertrag vereinbart. Abgeschlossen wurde dieser Vertrag aber nicht, weil der Bundesvorstand in Berlin jedenfalls ein Paar darin gefunden hat und deshalb seine Unterschrift verweigerte. Die Unternehmer in Bruchsal beschäftigten sich im Berichtsjahre wiederum eines gut durchgeführten Vertragsbruches; sie zahlten bis zu 10 1/2 unter dem vereinbarten Lohn. Den Maurern aus der Bruchsaler Gegend schadet dies durchaus nichts, da sie aus der Organisation gelaufen sind mit Ausnahme von etwa 30 Kollegen von Unterwiesheim, 15 von Forst und sämtlichen von Heidesheim, die der Organisation treu blieben. Dieses Schauspiel haben wir nun innerlich fünf Jahren zum zweitenmal erlebt. Es zeigt dies recht deutlich, wie wenig der fortschrittliche Zeitgeist die Arbeiter in der Bruchsaler Gegend berührt hat. Die im Jahre 1904 in Karlsruhe und 1907 in Durlach abgeschlossenen Verträge sind von den Unternehmern gekündigt worden. Die Verträge in Bruchsal, Bergshausen, Wöfingen und Aue bei Durlach wurden von uns gekündigt. — Die Frage des Arbeitsnachweises, mit der wir uns nun schon seit zwei Jahren beschäftigen, wollen wir besonders behandeln; es sei nur erwähnt, daß die Baugewerksinnung einen solchen errichten wollte, der Gesellschaftsbesitz seine Zustimmung aber verweigerte und die Aufsichtsbekörde diese Zustimmung ergab. Wir legten gegen diesen Beschluß der unteren Verwaltungsbehörde Beschwerde ein und erreichten, daß die obere Verwaltungsbehörde diesen Beschluß wieder aufhob, so daß die Errichtung eines Arbeitsnachweises vorläufig ins Wasser gefallen ist und die Unternehmer die Kosten des Verfahrens zu tragen haben. — Bezüglich der Arbeitslosigkeit im Zweigverein wurde außer den monatlichen Zahlungen noch eine weitere Statistik aufgenommen; 1314 Kollegen haben die ausgegebenen Fragebogen beantwortet, während 248 Kollegen dies nicht für notwendig hielten. Nach dieser Zählung verblieben nach Abzug der Arbeitslosigkeit durchschnittlich pro Mitglied und Jahr 287,87 wirklich geleistete Arbeitstage. Nach der tariflich festgelegten Arbeitszeit beträgt der Jahresdurchschnitt eines Arbeitstages 8,9 Stunden. Der DurchschnittsStundenlohn im Zweigvereinsgebiet beträgt nach der Aufnahme im letzten Sommer 44,59 1/2, so daß ein durchschnittlicher Jahresdienst von $\text{M} 975,73$ pro Mitglied in Betracht kommt. Nun haben aber die Kollegen infolge der schlechten Bautätigkeit nicht immer im Beruf Arbeit gehabt, sondern sie mußten zu andern Berufen ihre Zuflucht nehmen, und zwar kamen auf die gezählten Mitglieder 60,6 Tage solcher Arbeit. Der in einem andern Beruf beschäftigte Kollege verdient täglich $\text{M} 1,10$ weniger, so daß nach Abzug dieser 60,6 Tage mal $\text{M} 1,10$ nur ein Jahresdienst von $\text{M} 909,13$ verbleibt. Diese Summe gibt den besten Beweis dafür, in wieweit schlechten Verhältnissen unsere Kollegen heute noch leben. Es kann also fast nie davon sein, daß die Lohnherabsetzungen mit der Lebensmittelverteuerung gleichen Schritt gehalten haben. Zu bemerken sei noch, daß die 1314 Fragebogen, die die Grundlage zu obigen Zahlen bilden, von 242 lebigen und 1072 verheirateten Kollegen mit 2687 Kindern beantwortet wurden. Zurzeit haben wir 789 arbeitslose Kollegen zu verzeichnen. — Die Mitgliederzahl am Schluß des Berichtsjahres beträgt 1554 gegen 1608 im Jahre 1908. Erreicht ist dabei, daß wir am Jahresabschluss nur 23 Kollegen hatten, die mit ihren Beiträgen im Rückstand geblieben sind. In Beitragsmarken wurden 6157, darunter 6804 für Arbeiter, abgesetzt. Neuaufnahmen hatten wir 124, darunter 64 solche Kollegen, die früher schon einmal Mitglied waren. An Unter-

fraktionen wurden folgende Beträge ausbezahlt: für Streiks A 1550,50, für Rechtschutz und Anwaltskostenunterstützung A 787,88, für Gemahregelung A 699,17, an Krankenunterstützung A 7246,20, Sterbeunterstützung A 925, an durchgehende Kollegen im Winter A 185 und für durchgehende Streikende A 43. Das gibt eine Gesamtsumme von A 11936,20. — Der Versuch mit dem Versuch sich in der Verhinderung nicht infolge noch sehr viel zu wünschen übrig, als der größte Teil unserer Mitglieder in den Jahrestellen glaubte, die Versammlungen seien ein überflüssiges Übel. Insbesondere trifft dies in der Zahlstelle Karlsruhe selbst zu. Dort haben wir 115 Mitglieder, von denen höchstens 31 den Versammlungsbesuch für notwendig halten. Ein großer Teil hat im Berichtsjahre überhaupt keine Versammlung besucht. Offenlich befehen sich in dieser Beziehung die in Karlsruhe wohnenden Kollegen. Erreicht ist der Versammlungsbesuch, wenn wir Versammlungen des Besprechers an in Karlsruhe oder Durchlauf Versammlungen einberufen; diese sind durchweg fast von allen Kollegen besucht, so daß an diesen Tagen die Bauten von nachmittags 4 Uhr an stillliegen. Wenn das letzte Jahr wegen der schlechten Einnahmen für die Kollegen sehr ruhe war, so können wir doch mit dem Stand der Organisation zufrieden sein und die berechtigte Hoffnung haben, daß es in unserm Zweigverein auch ferner, wenn auch langsam, so doch immer vorwärts geht. Diese Hoffnung wird schon dadurch begründet, daß wir in Karlsruhe bei einer Einwohnerzahl von 188 000 nur 326 leerstehende Wohnungen haben, so daß eine bessere Bautätigkeit nicht mehr allzulange auf sich warten lassen kann. Auch in den übrigen Gebieten des Zweigvereins ist Aussicht vorhanden, daß wir in diesem Jahre eine bessere Bautätigkeit bekommen werden. Wir richten deshalb auch an dieser Stelle, die Mahnung an unsere Kollegen, alles daran zu setzen, um baldmöglichst den letzten unorganisierten Maurer dem Verband zuzuführen.

Wainz. (Jahresbericht.) Das Jahr 1909 hat für Wainz die ernsteste Bedrohung der Bautätigkeit nicht gebracht. Die private Bautätigkeit bewegte sich in sehr mäßigen Grenzen, so daß die Zahl der erstellten Wohnungen in der Stadt Wainz rapide abgenommen hat. Der Zuwachs an Wohnungen betrug nach dem Bericht des Wohnungsinpektors: 1900: 75, 1908: 119, 1907: 438, 1906: 600. Weidlich wie in der Stadt sieht es in Wainz-Mombach und Wainz-Naßel aus. Fast genau daselbe betrieblende Bild war in den größeren Vorortgemeinden zu finden: Rothheim, Wrehsheim, Gonsenheim, Finken, Gustabsburg, Weisenau usw. blieben weit hinter der früheren Bautätigkeit zurück. Mehrere öffentliche Bauten haben, zwar den Grad der Beschäftigung etwas gehindert, aber weil die Privatbautätigkeit so tief stand, konnte doch eine günstige Wendung nicht erreicht werden. Eine Anzahl in Wainz und der nächsten Umgebung wohnhafte Mitglieder mußten wieder, wie in früheren Jahren, in andern Orten Arbeit suchen. Im Saar- und Ruhrgebiet usw. waren auf längere Zeit viele Kollegen in Arbeit. Außerdem dauerte die Arbeitslosigkeit während des ganzen Jahres unermindert fort. In den übrigen Orten des Zweigvereins war mit Ausnahme von Bischofsheim und Mühlheim nirgends eine gute Bautätigkeit. Im Meyer Bezirk war weniger Arbeit als in früheren Jahren. Daselbst kann von Rheinwein und Oppenheim gesagt werden. Die schlechten Weinstände der letzten Jahre wirkten eben ungünstig auf das Baugewerbe ein. Auch auf der andern Seite, in Hudenheim, Jungheim, Seidenheim usw. bis nach Bingen mit Umgebung war nirgends eine lebhafte Bautätigkeit. Die wieder aufsteigende baugewerbliche Konjunktur im Jahre 1909 hat sich also im Wainzer Zweigvereinsgebiet nur in sehr minimalem Maße bemerkbar gemacht. Für das Jahr 1910 stehen mehrere größere Arbeiten in Aussicht, die durch die Stadt Wainz zur Ausführung gelangen, und auch die Privatbautätigkeit scheint wieder lebhafter zu werden. Der Zweigverein hatte in der Berichtsperiode einen Restfluß von 75 Mitgliedern, an welchem Umstände die anhaltende starke Depression in erster Linie die Schuld trägt. Dazu kommt, daß Kollegen abgereist und verzogen sind und andere den Beruf vorläufig aufgegeben haben. Wir legen die Hoffnung, daß der Verlust durch energische Arbeit der Zahlstellenbestände im Verein mit dem Ausschuss recht bald wett gemacht werden kann. Es sind noch genügend unorganisierte in allen Orten des Zweigvereins vorhanden. In der Berichtsjahre ist es auch wieder gelungen, in Kreuznach einzugliedern. Es ist das wiederum, daß dort die Organisation gegründet worden ist. Wir hoffen, dieses Mal mit mehr Erfolg. Allerdings regten sich gleich wieder die Unternehmer, und auch die „Christen“ erschienen mit ihrer Zerstückelungsarbeit auf dem Plan. Der Erfolg der letzteren war unbedeutend, nur in einem Ort haben sie einige Mitläufer erwischt. Wir haben insgesamt 40 Mitglieder, die ihre Beiträge für das Jahr 1909 voll gezahlt haben. Eine Stärkung des Verbandes im ganzen Zweigvereinsgebiet muß die Aufgabe sein, die wir uns am Anfang des Jahres 1910 stellen. — Seit einem Jahre hat die Pfleienlegerrfirma Köbig in Wainz es verstanden, die Abfordpreise nach und nach um 25 bis 30 Pct. herabzubringen. Deshalb fanden mehrere Versammlungen der Pfleienleger statt, und am 30. März beschloßen die Kollegen, ihrem Unternehmer Forderungen zu unterbreiten und zwar so, wie die Abfordpreise und die Arbeitszeit vor Jahren üblich waren. Die Arbeitslosigkeit war gut. Die Firma ließ sich auf Unterhandlungen ein, wollte aber nicht so recht die Wünsche der Kollegen erfüllen. Erst als die Firma sah, daß die Pfleienleger es auf einen Kampf ankommen lassen würden, machte sie Zugeständnisse. Die Abfordpreise sind wieder wie früher und von der Firma schriftlich bis zum 1. April 1910 anerkannt worden. — In Kreuznach besteht noch die eifrigste Arbeitszeit bei einem Stundenlohn von 80 bis 85 s für Maurer und 25 bis 30 s für Bauführer. Wegen eines von den „Christlichen“ begangenen Arbeiterverrats konnten die dem Unternehmer Friedhofen-Coblenz eingereichten Forderungen auf Einführung der geschnittenen Arbeitszeit und einer Lohnserhöhung auf 42 und 87 s nicht durchgeführt werden. Doch gelang es, den Stundenlohn um je 2 s zu erhöhen. Sorgen die Bauarbeiter dafür, daß in nächster Zeit der letzte Maurer und Bauführer unserer Organisation zugeführt wird, dann werden auch in Kreuznach bald bessere Zustände Platz greifen. In Alzey wurde der Unternehmer

Schmitt am 22. September geperzt, um einen höheren Lohn zu erreichen. Der Kampf wurde auf beiden Seiten acht Wochen lang mit aller Schärfe geführt; schließlich gelang es dem Unternehmer dennoch, genügend Arbeitswillige zu erhalten, mit denen er die Bauten fertigstellen konnte. Da ein weiteres Kämpfen als zwecklos erschien, haben die Kollegen beschlossen, die Sperre resultlos aufzuheben. Außer in eigentlichen Wainzer Stadtgebiet bestanden noch Verträge für Ruffelsheim, Hochheim und für den Betrieb der Seidenheimer Kupferwerke - Filiale Gustabsburg, am Anfang des Jahres. Die Verträge für Hochheim und Ruffelsheim sind verlängert worden, dagegen wurde der Vertrag mit dem Kupferwerk vorkchriftsmäßig gekündigt und nicht erneuert. Mit Ausnahme des Wainzer Vertrages haben wir mit der Vertragsstreue der Unternehmer schlechte Erfahrungen gemacht. Die Anerkennung des Vertrages dauert in der Regel nur so lange, wie die gute Geschäftslage anhält und eine Nachfrage nach Arbeitskräften vorliegt. Sind die Unternehmer aus dieser Zwangslage befreit, ist ihnen der Vertrag gleichgültig. Sie versuchen dann in offener und verdeckter Form, sich von der getroffenen Vereinbarung freizumachen. Vor wenigen Jahren hatten wir die Tariffrage in Oppenheim, Rheintal, und in diesem Jahre hat ein Unternehmer in Hochheim den Vertrag durch eine Lohnkürzung von 4 s aufgehoben. Unsere Hochheimer Kollegen, die bei dem Unternehmer F. W. Sommer in Arbeit standen, haben durch ihre schlappe Haltung den Genannten in seinem Vorhaben bestärkt. In manchen andern Orten ist das Verhalten der Kollegen genau so, sie haben deshalb die Unternehmer, die sie verdienen. — Die Schlichtungskommission hat im Berichtsjahre zweimal getagt. Zur Erledigung stand erstens die Anzahlung bei der Firma Strohm, zweitens die Einhaltung der Baupolizeibestimmungen und drittens die Stundenlohnzahlung für Junggefellern. Sämtliche Beschwerden fanden ihre Erledigung. — Mehr als in früheren Jahren gab die mangelhafte Kontrolle auf den Bauten durch die Baupolizeibehörde zu Beschwerden Veranlassung. Auf den Staats-, Kommunal- und Privatbauten überall daselbe Bild. Welche Zustände hätten sich aber erst entoidelt, wenn nicht durch die Organisation, besonders durch die Kritik in der Presse, versucht worden wäre, die ärgsten Missetäter zu beizeugen? Vom 27. Juni bis 1. Juli wurde von der Bauarbeiterkommission in Wainz und den umliegenden Orten eine Bautenkontrolle vorgenommen und das Material der wahrengekommenen Unterlassungen, Schäden und Mißstände der Baupolizeibehörde, dem Aufseher der heftigsten Baugewerkschaftsgenossenschaft und dem Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in Wainz gestellt. Unter anderem wurden Mißstände angeführt, die sich an den Baustellen der Unternehmer Strebel-Wainz und Müller-Kaibel, belegen am Fort Viehler, vorfinden. Da die angetroffenen Mängel, Schäden und Mißstände auch der Baupolizeibehörde und dem Aufseher der Berufs-genossenschaft mitgeteilt wurden, wollte die Bauarbeiterkommission Erhebungen darüber anstellen, wieweit von Seiten der in Betracht kommenden Aufsichtsbehörden eine Abmilderung der Bestimmungen erfolgt sei. Bei dieser Gelegenheit wurde Kollege Rehn auf Befehl zweier Offiziere von einem Wachposten arretiert und zur Wache des Forts Viehler transportiert, wo ihn später ein Schutzmann auf die Polizeiwache nach Kaibel brachte. Dort wurde er nach sechsstündiger Haft entlassen. Bei der Bautenkontrolle in Hohenheim an dem Gruppenverband für mehrere Gemeinden stellte Unternehmer Kessler-Hohenheim Strafantrag wegen Hausfriedensbruchs gegen Kollegen Rehn. Die Staatsanwaltschaft hat diesen Antrag kartgegeben und L. mit einem Strafmandat von A 10 bestraft. Auch in Alzey greift die Staatsanwaltschaft in unsern Kampf ein. Es handelte sich dort nur um eine Baupolizei, also nur um eine minimale Zahl von Kollegen, und doch sind sieben Kollegen wegen Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung mit Strafmandaten bedacht worden. In dieser Angelegenheit schweben noch einige Gerichtsverhandlungen, die noch nicht ihre Erledigung gefunden haben. — Der Kassenabschluss gestaltete sich folgendermaßen: Einnahmen für die Hauptkasse an Eintrittsgeldern A 90, an Beiträgen A 1844,25, für Kalenderfalter und sonstige Schriften A 142, Summa A 19 076,25; Ausgabe: an barem Geld der Hauptkasse überwiesen A 5 158,92, für Streifenunterstützung A 1318,70, für Rechtschutz A 923,95, Kreisunterstützung A 241,90, Sterbeunterstützung A 960, Krankenunterstützung A 6773,70, der Lotteriekasse an Prozenten überwiesen A 4299,08, Summa A 19 076,25. Die Zweigvereinskasse hatte eine Einnahme von A 14 973,47, eine Ausgabe von A 10 242,61 und einen Kassenbestand von A 4730,86.

Marne. Im 6. Februar fand unsere, leider nur schwach besuchte Mitgliederversammlung statt. Der Kassierer verlas die Abrechnung vom vierten Quartal und den Jahresbericht. Dann beriet man die Lohnfrage und Kündigung des Carltes zum 1. März. In der am 28. Februar stattfindenden Versammlung mußten alle Kollegen erscheinen, da sie von großer Wichtigkeit ist.

Minden. (Jahresbericht.) Am 29. Januar 1910 fand die Generalversammlung unseres Zweigvereins statt. Dem Jahresbericht entnehmen wir folgendes: Der wirtschaftliche Aufschwung im Jahre 1909 kam dem Zweigverein Minden nicht zu statten. Die Bautätigkeit war durchweg schlecht. Hieraus erklärt sich auch, daß kein starker Mitgliederzuwachs zu verzeichnen war. Viele Kollegen mußten sich wieder, wie in den vorhergehenden Jahren, auf den umliegenden Dörfern herumfinden oder in die Fremde ziehen. Lohnbewegungen fanden in Bielefeld, Minden, Lohndhausen und Kutenhausen statt. Die Bielefelder Lohnbewegung wurde durch eine Lohnserhöhung des Unternehmers Kraus hervorgerufen. Unsere Kollegen legten die Arbeit nieder und erreichten nach einem vierwöchigen Kampfe eine sofortige Lohnserhöhung von 2 s und für 1910 eine Zulage von 1 s. Bei den anderen Unternehmern wurde dasselbe Resultat durch einen dreiwöchigen Streik errungen. Es wurde ein Vertrag abgeschlossen, der bis zum 1. April 1911 Gültigkeit hat. Mitte Juli schien es, als ob auch in Minden eine gute Bautätigkeit einsetzen wollte. Die Kollegen erschienen denn auch sofort auf dem Plan und beschloßen, eine Lohnserhöhung zu fordern. Am 24. Juli wurde den Unternehmern eine Lohnforderung von 5 s pro Stunde

gestellt. Diese wurde am 1. August von den Unternehmern dahingehend beantwortet, es sei ausgeschlossen, daß sie für 1909 eine Lohnserhöhung stattfinden ließen; sie seien vielmehr genötigt, Entlassungen vorzunehmen, was denn auch geschah. Daß dies böses Blut bei den Kollegen erregte, was in einer darauf folgenden Versammlung zum Ausdruck kam, ist selbstverständlich. Aber im Hinblick auf die vorgeschrittene Jahreszeit, und da doch bekanntlich die Streiks in Minden von langer Dauer sind, wurde davon Abstand genommen, in diesem Herbst die Forderung durchzuführen. Die Lohnbewegung in Lohndhausen und Kutenhausen wurde durch eine Lohnserhöhung des Unternehmers Kuffmann hervorgerufen. Bei ihm und zugleich bei den Unternehmern Bödemann und Wischmeier; die es auch nicht für nötig hielten, den Lohn von 46 s zu zahlen, wurde die Arbeit eingestellt. Während Kuffmann nach einem zwoeltägigen und Bödemann nach einem dreiwöchigen Streik den Lohn von 46 s zahlen mußten, gelang es dem Wischmeier, ein paar Arbeitswillige zu finden, so daß die Sperre in diesem Jahre keinen Abschluß fand. Hervorzuheben wollen wir noch, daß alle drei Unternehmer früher Kollegen waren und nicht an letzter Stelle standen; so war Bödemann Vorstandsmitglied des Fachvereins, während Kuffmann nach im Jahre 1898 Schriftführer des Verbandes war. Ihre Kollegialität und ihr Klassenbewußtsein scheinen durch die Unternehmerproffivität sehr schnell zum Teufel gegangen zu sein. — Trotz der schlechten Arbeitslosigkeit gelang es, die Mitgliederzahl zu wahren. Wenn man bedenkt, daß fast alle Kollegen auf dem Lande wohnen und daher die Versammlungen nicht gut besucht werden, dürfte es jedem klar sein, daß es an einer regen Agitation nicht fehlte. Aufgenommen wurden im Berichtsjahre 44 Kollegen, abgereist sind 34, ausgestreut 4, zum Wittraf eingezogen 9, gestorben 3, so daß am Jahreschluss 508 Kollegen vorhanden waren. Die Beitragsleistung war nach den verkauften Beitragsmarken 38,3. Versammlungen fanden in Minden 10 statt, und in den Zahlstellen wurden von Vorstände 18 Versammlungen wahrgenommen. Der Kassenbericht ergab eine Einnahme und Ausgabe für die Hauptkasse von A 10 688,75. An Unterstützungen wurden gezahlt: für Streiks A 2558,75, Kreisunterstützung A 243, an Krankenunterstützung A 1117,25, Sterbegeld A 260, Gemahregelungenunterstützung A 162,05, Rechtschutz A 102,44. Die Unterfütterung betrug pro Mitglied A 8,73. Die Lotteriekasse schloß mit einer Einnahme von A 3396,90 und einer Ausgabe von A 2527,05 ab, so daß ein Kassenbestand von A 869,94 verblieb. Die Vorstandswahl ergab die einstimmige Wiederwahl des alten Vorstandes. — Am 30. Januar tagte die Generalversammlung für die einzelnigen Zahlstellen in Steinbergen. Nach Einigenahme des Vorberichts ergriß Kollege Baumstark-Ganover das Wort zur Tarifbewegung im Jahre 1910. Er streifte zunächst noch einmal das Vertragsmuster und deutete an, daß die schwersten Differenzpunkte. Sodann ging er zu den bis jetzt geschlossenen lokalen Verhandlungen über. Beispielsweise führt auch der Vertrag für den Bezirk Kinteler ab. Die am 10. Januar tagende Vorstandssitzung und, wie überall, damit ihr Ende, daß nichts Bestimmtes erreicht wurde. Rehn wies dann an der Hand von Material nach, wie enorm die Lebensmittelpreise gestiegen sind, während die Löhne der Arbeiter stehen geblieben, wenn nicht noch zurückgegangen sind. Die antwortenden Kollegen waren sich denn auch darin einig, daß eine Lohnserhöhung stattfinden muß, wozu aber davon Abstand, in dieser Versammlung eine Forderung anzustellen. Nach einer Aufforderung des Vorstandes, die Versammlungen gut zu beenden, damit jeder Kollege, wenn eventuell der Kampf ausbrechen, gefestigt dastehen, wurde die Versammlung geschlossen.

Nürnberg-Fürth. (Jahresbericht.) Wie im Vorjahre, so hatten wir auch im vorliegenden Berichtsjahre eine ziemlich gute Bautätigkeit. Zu Beginn des Berichtsjahres machte sich unter unsern Berufskollegen Wochen hindurch die Arbeitslosigkeit in erheblichem Maße bemerkbar. Erfreulicherweise konnte man aber von Mitte April bis August eine feste Nachfrage nach Maurern wahrnehmen. So kam es auch, daß viele sich in Kampfe befindende Kollegen aus andern Orten hier in Arbeit gebracht werden konnten. Zwar liegen die Unternehmer es nicht an schwarzen Linsen sehen; die wirkten aber nur in einzelnen Fällen. Jedenfalls ein Zeichen, daß bei Zeiten guter Konjunktur um des lieben Profites willen die Beschäfte des Arbeitgeberverbandes wenig respektiert werden. Eine etwas rauere Konjunktur machte sich in der zweiten Hälfte des Monats August bemerkbar; die Arbeitslosigkeit war zumeist nur auf den überaus starken Zugang vom Lande zurückzuführen. Ein sich immer mehr und mehr bemerkbar machender Niedergang im Steinfauerberufe wirkte schädigend auf eine Anzahl Kollegen, die nicht mit Hammer und Kelle fortkommen. Verursacht wird dieser Niedergang dadurch, daß bei in der Nähe von Nürnberg und Fürth gewonnene Sandstein vielfach durch Beton- und Backsteinbauten verdrängt wird. Zweifelslos trägt aber zur Arbeitslosigkeit unter den Steinbauern auch das Abfordsystem bei, das sich verschiedene Kollegen als Privilegium angeeignet zu haben scheinen. Besonders die älteren Kollegen werden von diesen Abfordhindern förmlich auf die Seite gedrängt. Wir appellieren daher an alle in Frage kommenden Kollegen, in Zukunft dahin zu wirken, daß auch im Steinfauerberufe wieder eine menschenwürdige Arbeitsweise Platz greift. Gleichzeitig mit dem Verschwinden der Sandsteinfassaden sieht man, daß beim inneren Ausbau der Bauten durch Einführung billiger Zwischenwände verschiedener Systeme die massiven Mauern vollständig verdrängt werden. — Die Bautätigkeit gestaltete sich nach der amtlichen Statistik so: Eingereichte Baugesuche in Nürnberg 8495 (davon sind erledigt 3355), in Fürth 691 (486). Die in der Woche vom 16. bis 25. August erhobene Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sowie über die Zahl der beschäftigten Kollegen ergab folgendes Resultat: Baustellen wurden in Nürnberg und Fürth ermittelt 206, davon 187 Neu- und 27 Umbauten, 12 Reparaturen, und 79 Bauten im Fuß. Gesellen wurden bei 142 Unternehmern ermittelt: 1681 Maurer, 310 Steinhauer, 67 Mauerputzer und 63 Pfleienleger. Außerdem wurden 72 Lehrlinge und 162 Botiere gezählt. Der durchschnittliche Stundenlohn betrug für Maurer 60,05, für Steinhauer 65,03, für Mauerputzer 70,55 und

für Fliesenleger 80 5. In den Zahlstellen wurden 220 Bauten (72 Neu-, 17 Umbauten und 131 Reparaturen mit 592 Geleisen) ermittelt. Der durchschnittliche Stundenlohn bewegt sich zwischen 80 und 50 5. — Die Agitation wurde mit dem Verbandsvorstand herausgegebenen Flugblatt eröffnet; speziell die Rauberei wurde damit überstrahlt. Daran anschließend fanden überall Versammlungen statt, aber der Erfolg wog die Mühe und Unkosten nicht auf. Als am erfolgreichsten muß nach wie vor die Baueintragung bezeichnet werden, wenn jeder Kollege nach dieser Richtung hin seine Pflicht erfüllt und auch den Baudelegierten mehr mit unter die Arme greift. Gleichzeitig muß hier aber festgestellt werden, daß viele Kollegen gleichgültig darüber hinweg gingen, unbeachtet darum, welchen Zeiten wir entgegengehen. Aufgabe jedes einzelnen muß es daher sein, der Aufklärung unter den Kollegen immer mehr Boden zu verschaffen, auch muß bei jeder Gelegenheit auf das Leben des Bauorgans hingewiesen werden. Am mehr agitativen Kräfte herauszubilden, hat sich im Laufe des Jahres ein Disziplin-Klub gebildet, zu dem die Kollegen wöchentlich einmal (Donnerstag abends) im Zweigvereinsbureau zusammenkommen. Möge künftig auch hierfür etwas mehr Interesse gezeigt werden. — Lohnbewegungen hatten wir im verflochtenen Jahre zwei zu erleben, und zwar die erste in Langgamm. Diese brachte uns auf friedlichem Wege durch einmalige Unterhandlung eine Lohnerhöhung von 4 bezw. 6 5. Wie im Jahre 1908, so ließen auch in diesem Jahre die Unternehmer in Brindorf wieder sechs Wochen mit sich ringen, bis sie endlich zur Einsicht kamen, daß es besser ist, in Unterhandlungen zu treten, um die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu regeln. Erreicht wurden 3 5 Lohn-erhöhung pro Stunde, so daß der jetzige Stundenlohn für Maurer 63 5, für Steinbauer 57 5 und für Mauerputzer 63 5 beträgt. Die daraus entstehenden Kosten inklusive Wohnungszuschuß betragen sich auf 1234,39. Bemerkenswert noch werden, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Brindorf (außer Nürnberg und München) in ganz Bayern die besten sind. Differenzen und Arbeitsverhältnisse hatten wir viele zu bezichtigen. In der Schlichtungskommission allein wurden 52 Fälle erledigt, von denen 36 zu unsern Gunsten entschieden wurden. Zur Arbeitsstellung ohne Verhängung des Vorstandes kam es in fünf Fällen, die durch Einmütigkeit des Vorstandes ihre Erledigung fanden. Sperren wurden drei verhängt, von denen zwei zu unsern Gunsten ausgefallen sind. Die in Erbach, die aber verloren ging, mußte wegen zu Unrecht erfolgter Entlassung dreier Kollegen verhängt werden. Verloren ging sie, weil die streikenden Kollegen sich anderweitig Arbeit suchten und die Baustelle ohne Kosten ließen, so daß für den Unternehmer Gelegenheiten vorhanden war, Arbeitswillige herbeizubringen; auch christlich Organisierte trieben auf dieser Baustelle ihre Spür. Zu Anfang des Jahres wurden vier unserer Kollegen von der Aus-sperrung der Stukaturier betroffen. Auch die Sektion der Fliesenleger hatte in diesem Jahre zwei Sperren auszusprechen. — Die Tätigkeit des Vorstandes war sehr reger. Zur Erledigung der Geschäfte waren nötig: 37 Sitzungen, 3 erweiterte Vorstande, und 18 Verwaltungssitzungen, 3 mit andern Organisationen, 3 in Gemeinschaft mit dem Bauvorstand, 4 mit der Bauarbeiterkommission und 6 mit verschiedenen Korporationen. Berichts-versammlungen fanden 139 statt. Außerdem wurden abgehalten eine ordentliche und zwei außerordentliche Generalversammlungen, 27 Zweigvereine, 34 Bezirks-, 92 Zahlstellen- und 7 allgemeine Bauarbeiterversammlungen, die sich mit der Agitation, und vier, die den Stand des Bauarbeiterstandes betrafen; zwei wurden für die bühnenmäßige Arbeit, zwei für die Sektion der Kammerbauer und drei für die Sektion der Zementarbeiter abgehalten. Baudelegiertenkongresse haben acht stattgefunden. Die Jahresrechnung und Ausgabe für die Hauptkasse betrug 48 901,77. Reueingekreten sind im Berichtsjahre 404 Kollegen, von denen 133 früher schon einmal Mitglieds waren. Zugewiss sind 444, abgewiss (abgemeldet) 968, ausgesetret 35, ausgeschloffen 7, gestorben 26, zum Militär eingezogen 31 und wegen rückständiger Beiträge gestrichen 76. Der Mitgliederstand beträgt am Jahres-schluss 1701. Der bisherige Vorstand, mit Ausnahme des zweiten Vorsitzenden, an dessen Stelle Kollege Schneiderbauer-Fürth trat, wurde wiedergewählt. Im ganzen kann man mit dem abgelaufenen Jahre zufrieden sein, nur der Versammlungsbetrieb und die Baudelegiertenkongresse lassen manchen viel zu wünschen übrig. Kollegen, besuch in Zukunft die Versammlungen besser, zeigt den Unternehmern, daß ihr mit Leib und Seele an Eurer Organisation hängt, damit ihnen ihre Unterdrückungsgelüste ver-gehen.

Netzenhall. (Unternehmerdreistigkeit.)

Die hiesigen Unternehmer haben im vorigen Herbst den Gesellen „der hohen Feuersgefahr wegen“ das Rauchen unter-sagt. Unsere Kollegen, darunter viele Oesterreicher, die an das Rauchen gewöhnt waren, mußten, obwohl sie nicht ein-saßen, daß Wirtel und Zigarette verdrängen können, dem wirtschaftlichen Druck nachgeben und das Rauchen unterlassen. Sie griffen nun zu dem bei den Rauchern be-liebtesten Mittel des Tabakrauchs. Nun hat der Unternehmer F. Schubert einem Kollegen aus das Rauchen verboten, obwohl beim Tabakrauch noch sicherlich keine Feuersgefahr vorliegt. Der Kollege war im übrigen gutmütig genug, dem Unternehmer zu gehören. Da beim Rauchen dem Unternehmer nicht einmal die geringste Zeit verloren geht, so ist die Verfügung des Unternehmers ein ganz frecher Eingriff in das Recht und die persönliche Freiheit des ein-gelassen, den wir nicht scharf genug zurückweisen können. Es ist die Pflicht unserer Kollegen, dafür Sorge zu tragen, daß den Unternehmern die Räume nicht in den Himmel wachsen, da uns diese Leute sonst schließlich noch verschreiben, was und ob wir etwa essen dürfen. — Weniger aufmerksam sind die Bauarbeiter bei der Herstellung von Mänteln. Hier ist alles gut genug, und wenn die Bautenkontrolle der Berufsgenossenschaft kommt, wird wohl dem Kontrollleur ver-sprochen, sofort alles zu regeln; aber in der Regel bleibt es beim Versprechen. Mithin sind zu Duzenden vorhan-den. Ob der Kontrollleur sie gesehen hat? Oder wie er so einflußlos, daß auf seine Anordnungen so gut wie gar nichts gemacht wird? An den Zeiten werden fehlende Sprossen einfach durch Ratten ersetzt. Zweimal schon sind Bauhilfsarbeiter durch das Brechen von Sprossen von der

Leiter gefallen. In einem Falle ging es noch glimpflich ab. Der zweite Fall, der sich am 11. Februar ereignete, ist dagegen in seinen Folgen noch nicht abzusehen. Hier gab es ein sehr danteskes Feld für die Tätigkeit der Unter-nehmer, wobei wir ihnen gerne helfen würden. Aber da wollen sie nicht, denn Gerüstmaterial kostet Geld, Arbeiter-lohn und Gesundheit aber nichts.

Schmidln. Am 9. Januar fand die Generalversamm-lung unseres Zweigvereins statt, zu der 13 von unsern 25 Mitgliedern erschienen waren. Das ist ein Zeichen bedauerlicher Interesslosigkeit, von der wir hoffen ist, daß sie nicht mehr länger anhält. Der Kassierer verlas den Jahresbericht. Da die Revisoren alles in bester Ordnung gefunden hatten, wurde der Kassierer entlastet. Dann wurde Kollege D. Born als Vorsitzender und A. Wiebel als Kassierer gewählt.

Siegen. (Jahresbericht.) Leider ist es uns nicht möglich, über große Fortschritte unseres Verbandes zu berichten; denn für die Arbeitertorganisationen ist hier ein harter Boden. Wie angenehm berührt es, wenn, wie man in andern Gegenden oft beobachtet kann, die Arbeiter auf der Fahrt, von und nach der Arbeitsstelle, sich über die politischen Ereignisse unterhalten oder die letzten Berichte über wichtige Ereignisse vorlesen und darüber dis-kutieren. Davon findet man hier nichts vor. Der größte Teil der Arbeiter bleibt selbst dem scharfmaschinistischen Treiben der Unternehmer gegenüber gleichgültig. Die Arbeiter regen sich nicht auf, selbst wenn ihre heiligsten Rechte auf dem Spiel stehen. Dafür haben wir aber das ganze Land voll Setzen, und jede von ihnen glaubt, am höchsten auf der Himmelsleiter zu stehen. Das Siegerland bildet für sich ein abgeschlossenes Wirtschaftsgebiet. Von einem merkwürdigen Zugang aus andern Gegenden kann nicht gesprochen werden. Es ist also ein großer Unter-schied zwischen dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet und dem des Siegerlandes. Während im ersteren ein ge-waltiger Zugang von Arbeitskräften (worunter sich in unserm Berufe ein nicht unbedeutender Teil Organi-sierter befindet) aus andern Gegenden Deutschlands zu-berzeichnen ist, haben wir es hier mit einer in den an-grenzenden Provinzen sehr häufigen Arbeiterschaft zu tun. Der Bedarf an Arbeitskräften wird hauptsächlich aus dem Kreise Wittgenstein und dem Nassauischen gedeckt. Diese Arbeiter sind der Organisation noch recht schwer zugänglich. In oft sehr armliehen Verhältnissen aufgewachsen, sind viele von ihnen recht bedürftiglos. Ein großer Teil von ihnen geht in Kasseeloh, d. h. sie gehen in Schaffhäuser und bekommen die Woche über kein warmes Mittagessen. Ihre Kost be-steht den ganzen Tag über aus Brot und Kaffee. Den Sommer über arbeiten nun die Maurer aus genannten Bezirken im Sieger- und Siegerland. Das kleine Ansehen zu Hause bewirkt, daß die Angehörigen, zur Heu-, Frucht- und Kartoffelernte bleiben die Männer resp. Söhne einige Tage zu Hause und helfen in der Landwirtschaft. Dann gehen sie wieder nach ihrem Arbeitsort und ar-beiten bis zum Herbst auf den Bauten. Im Winter verdienen sie sich einige Groschen als Waldarbeiter. Wenn es sehr gut geht, kommen sie täglich auf 2. Andere gehen in die Steinbrüche, auch dort sind die Löhne recht niedrig. Im Kreise Wittgenstein treffen wir unsere Kol-legen im Winter beim Holzschneiden. In fast jeder Stube steht der Holzhaß. Es werden Büffel und andere Haus-haltungsgenstände aus Holz angefertigt. Hier sehen wir die Eltern und Kinder, letztere im geringsten Alter, vom frühen Morgen bis abends 10 Uhr arbeiten. Der Preis für diese Arbeit ist ganz erbärmlich. Nicht nur, daß die Entschädigung recht niedrig ist, nein, die Leute bekommen nicht einmal Geld für die geleistete Arbeit. Hier besteht noch das gefürchtete unzulässige Trustsystem. Der sogenannte Verleger (es ist eine Zwischenperson, die die Ware den Vorkäufleuten abnimmt und nach auswärts an die Ge-dächtsleute schickt) hat ein Manufaktur- und Kolonial-warengeschäft, ja teilweise noch Filialen. Für die ge-lieferten Waren bekommen die Vorkäufleuten kein Geld, insofern sie müssen vom Herrn Verleger Waren entneh-men. So sind sie Sommer wie Winter von ihm abhängig. Selbst fühlen sie nicht die Macht in sich, gegen diese menschenunwürdigen Zustände anzugehen. Es ist also be-greiflich, daß diese Berufscollegen in den Arbeitsorten recht schwer für die Organisation zu haben sind. Sind sie als Mitglieder gewonnen, ist es nicht leicht, sie als solche zu behalten, da sie sich nur schwer an das regelmäßige Beitragszahlen gewöhnen wollen. Das Ummelden auf-lassen viele; wenn sie nicht öfter auf der Baustelle auf-gejuchet werden, gehen sie dem Verbands wieder verloren. Aber nicht nur das Angeführte kommt bei der Frage der Entwicklung unserer Organisation in Betracht, sondern hier zu Lande findet sich im Kampfe gegen die freien Ge-werkschaften alles zusammen. Da sehen wir die Krieger-vereinsvorstände die Arbeiter terrorisieren. Wer sich offen als Anhänger der Gewerkschaften bekennet, der fliegt. Viele Kollegen glauben in hiesiger Gegend von den Kriegervereinen mehr Nutzen zu haben, als von den Ge-werkschaften, weshalb sie sich diesem Terrorismus fügen. Sie mögen aber bedenken, daß scharfmaschinische Unter-nehmer dort ruhig gebuddelt werden, ja teilweise noch Ehrenposten in obgenannten Vereinen einnehmen. Die Wirte werden bedrängt; sobald sie uns ihre Lokale zur Verfügung stellen, drohen die bürgerlichen Vereine mit der Meidung der Lokale. Im Laufe des Berichtsjahres brachte es das „fromme“ Stöckerblatt, „Das Volk“, fertig, daß unserer Versammlungslotale mit einer häßlichen Beerdigung zu veröffentlichen. Den Zweck konnten wir leicht erraten. Die Angst vor den freien Gewerkschaften läßt diese Muffenschriften in solchen unehrlichen Mitteln greifen. Glücklicherweise gelingen die Streiche nicht immer. Die freien Gewerkschaften haben sich in Siegen Eingang verschafft und werden sich weiter entwickeln; damit wird man sich auch in der Stadtfrage abfinden müssen. — Die Kantäufelzeit begann wegen des langen Winters spät. Die Arbeitsgelegenheit war im allgemeinen nicht schlecht zu nennen; nur im Herbst war in Olpe recht wenig zu tun. In Herborn hatten wir durch den Bau der Landes-heim- und Fliegenanstalt sowie durch eine rege Privatbau-tätigkeit eine gute Arbeitsgelegenheit zu verzeichnen. Dort kam es am 22. April 1909 zur Arbeitsunterbrechung. Die Firma Büfcher aus Münster. i. B. hatte drei christlich

organisierte Maurer entlassen. Unsere Kollegen erklärten sich, da die Entlassung eine Mahnung darstellte, folli-garisch; gleichzeitige wurde eine Lohnerhöhung auf 53 5 verlangt. Nach dreieinhalbwöchiger Dauer des Streiks kam es zum Abschluß eines Vertrages, worin bestimmt wurde, daß vom 1. Oktober 1909 an 49 5 und vom 1. Januar 1910 an 50 5 zu zahlen sind. Von 1910 an ist die dreieinhalbwöchige Arbeitszeit eingeführt. Auch in diesem Kampfe beteiligten sich alle Mächte gegen die Arbeiter. Es war interessant, die Verhaftung der Polizei zu beobachten. Natürlich durfte auch die Unternehmern-ressort der Bekämpfung und Verleumdung der Arbeiter nicht fehlen. Hier eine Probe aus dem „Amtsblatt“. Es schrieb in der zweiten Streikwoche: „Man schreibt uns: Nachdem am Montag 20 und heute (weitere 10 einheimische Maurer) die Arbeit beim Neubau der Heil- und Pflege-anstalt wieder aufgenommen haben, darf der von einigen Aufwieglern — die sich jetzt noch in der Stadt herum-treiben und die arbeitswilligen Leute von der Arbeit ab-zuhalten versuchen — in frivoler Weise begonnene Streik als beendet angesehen werden. Im Interesse einer einheimischen und arbeitswilligen Maurer und auch unserer hiesigen Geschäftsleute freuen wir uns über die Wiederaufnahme der Arbeit und hoffen, daß sich jetzt noch mehr Arbeitswillige einstellen, so daß die Bauleitung von der Einstellung fremdländischer Maurer nunmehr absehen kann.“ Wir glauben es dem Stöckereier der Unter-nehmer, daß er sich gefreut hätte, wenn die Arbeiter unterlegen wären. Aber unsere Kollegen machten ihm einen dicken Strich durch die Rechnung. Die Antwort auf solch unehrlichen Treiben muß lauten: „Heraus mit solchen Zeitungen aus den Wohnungen der Arbeiter! — Die Firma Rinn aus Siegen beschäftigt an obengenannten Anstaltsbauten eine Anzahl Kollegen für 45 5. Nach dem Herr Rinn vor den Pfingstfeiertagen erklärt hatte, nicht mehr zu zahlen und noch Lohnabzug in Aussicht stellte, wurden seine Bauten nach Pfingsten gesperrt. Nach siebenwöchiger Dauer mußte auch Herr Rinn den Vertrag anerkennen, obwohl er immer erklärte, er halte es zwei Jahre aus. In Siegen hielt nur ein Teil der Unternehmer den Tarifvertrag ein. Die Interessentlo-sigkeit der hier beschäftigten Maurer machte es uns unmög-lich, dagegen vorzugehen. Das Theaterstück der hiesigen Unternehmer ist in Nr. 47 unseres Bauorgans eingehend ge-würdigt. — Der Bauarbeiterchutz ist nicht verbessert worden. Der Markterverkauf hat gegen das Vorjahr keine wesentliche Veränderung erfahren. Das liegt daran, daß 1908 mehr fremde Kollegen hier arbeiteten. Während 1908 64 Kollegen zureichten, waren es 1909 nur 21. W-gerichtet sind 1908 38 gegen 94 im Jahre 1909. Hier zeigt sich der Aufschwung im Baugewerbe in den Orten mit höheren Löhnen. Die Kollegen in Herborn begabten ihre Beiträge meistens im Zweigverein Frankfurt. Es muß aber gesagt werden: hätten alle Kollegen ihre Pflicht getan, wäre es besser vorwärts gegangen. Die Agitation wurde auf den Baustellen und in Baudelegierten be-zogen. Außerdem fanden 29 öffentliche und 48 Mit-gliederversammlungen statt. Auch wurden von 28. De-zeember 1909 bis Ende Januar 1910 rund 80 Versamm-lungen in den Heimatsorten unserer Kollegen abgehalten. Der Besuch war im allgemeinen gut und wir glauben, die Kollegen für die eventuelle Aussperrung vorbereitet zu haben. Für eine Anzahl Kollegen flagen wir 90,20 Lohn ein. Ueber zu wenig Arbeit hatten wir uns also nicht zu beklagen. Arbeiten unter unsere Mitglieder mit, dann wird es auch bei uns besser vorwärts gehen.

Stendal. Am 6. Februar tagte unsere Monats-versammlung. Der Kassierer verlas den Kassierenbericht vom vierten Quartal und zugleich den Jahresbericht. Dieser ergab eine Einnahme von M 2578,72 und eine Ausgabe von M 1725,77, bleibt ein Kassierenbestand von M 852,95. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Es wurde noch bekannt gegeben, daß die Sperre bei dem Unternehmer Ulrich in Wabrburg fortwähre, weil er sich kränkte, den Stundenlohn von 48 5 zu zahlen. Wenn auch das Jahr 1909 kein er-freuliches in der Entwicklung des Zweigvereins war (durch eine intensive Mitarbeit der Kollegen hätte manches ver-mieden werden können), so wollen wir doch im neuen Ge-schäftsjahr, wo uns eine rege Bautätigkeit bevorsteht, den Mut nicht sinken lassen, sondern im Gegenteil alle Mann für Mann die Versammlungen besuchen, damit wir den bevorstehenden Kämpfen in Ruhe entgegengehen können.

Laucha. Am 6. Februar tagte die Generalversamm-lung des hiesigen Zweigvereins. Der Vorsitzende und der Kassierer gaben einen kurzen Geschäftsbericht vom ver-flochtenen Jahre. Als Vorsitzender wurde Kollege Robert Wäcker, Laucha, Kirchstraße 31, gewählt. Im übrigen blieb die Verwaltung wie bisher. Die Angelegenheit der Wöde-manschen Maurer in der Chemischen Fabrik wurde einer fünf-köpfigen Kommission überwiesen. Angenommen wurde ein Antrag, die Arbeitslohnmaximen aus der Lokal-kasse zu zahlen, sofern sich die Arbeitslohnmaximen wöchentlich zweimal melden. Die Kollegen Gustav Bohle, Emil Bohle und Richard Fischer beantragten ihre Wiederaufnahme in den Verband. Dem Antrag wurde stattgegeben unter der Voraussetzung, daß die Genannten außer den statutarischen Verpflich-tungen noch M 8 extra an die Lokalkasse zahlen.

Wünnitz. Am 6. Februar hielt unser Zweigverein im neuen Vereinslokal eine Generalversammlung ab. Der Vorsitzende gab in kurzen Zügen den Jahresbericht be-zannt. Hierauf erstattete der Kassierer den Kassierenbericht, der infolge der geringen Mitgliederzahl sowie des mangelnden Pflichtbewußtseins der Kollegen gegenüber der Lokal-kasse nicht besonders günstig lautete. Als erster Vorsitzen-der wurde Kollege Günther und als erster Kassierer Kollege Grunewald wiedergewählt; desgleichen der Vorsitzende als Delegierter zum Kartell. Unter Punkt „Verständenes“ ersuchte der Vorsitzende die Restanten, ihre Beiträge in mög-lichst kurzer Zeit zu entrichten, damit nach der Nichtab-schaffung über die angeforderte Beitragsverhöhung von un-nötigen Scherereien entfallen. Desgleichen forderte er die Kollegen auf, bei der im Frühjahr stattfindenden Agri-tation Mann für Mann aufzutreten, damit unser Verband auch im Ertragebige sich besser ausbreite; denn wie es bisher gelangung sei, könne es unmöglich weiter gehen. Die Versammlung war ziemlich gut besucht, aber die fehlenden Kollegen hätten ebensogut erscheinen können;

denn man sollte doch meinen, daß sich heute jeder Kollege darüber klar ist, daß nur in den Versammlungen beraten werden kann, wie wir unsere gewöhnlich feineswegs günstige Lage verbessern. Wenn aber noch Mitglieder betrunken in den Versammlungen erscheinen, so zeigt das wenig Interesse für unsere große Sache. Obwohl erst in Nr. 5 des „Grundstein“ dieser elende, geistlösende Kufel wieder gebührend gekennzeichnet wurde, können die Kollegen immer noch nicht von diesem Laster lassen, wodurch in den Versammlungen durch allseitig ungeschickte Reden hervorgerufen werden. Es sollte sich doch wenigstens jeder organisierte Kollege einmal zur Pflicht machen, dieses Volksgift, wodurch doch unsere reaktionärsten Feinde, die Schnapsjunker, ihre demoralisierende Herrschaft auch weiterhin ausüben können, unter allen Umständen zu meiden; denn nur dadurch, daß wir unsern Feinden die Waffen entreißen, unsere Versammlungen gut besucht und jederzeit unsern Leitungen mit Mut und Tat zur Seite stehen, können wir zu unserm Ziele gelangen.

Alfred Heinze †

In Zwickau ist am 10. Februar ein Kollege gestorben, der zu den Vorgründern unserer Organisation gehörte und stets treu zu ihr gestanden hat. Alfred Heinze, einer von jener Schar, die unter dem Ausnahmegefehl die Fahne der Arbeiterbewegung hochhielt und ihren Widerstand vorantrieb, ist im Alter von 49 Jahren gestorben. Vor 26 Jahren ging er an der Spitze von einigen selbstbewußten Männern aus West- und gründete den Fachverein der Maurer, für den er unter den Maurern unangesehnter Mitglieder war. Sein ernstes und unermüdliches Schaffen galt dem Bestreben, die wirtschaftliche Lage der Maurer zu heben und sie auch in geistiger Beziehung auf eine höhere Stufe zu bringen. Dies erzielte er durch seine Arbeitstrüder unter ihm natürlich den Satz der Unternehmer ein. Auch unter dem Unverstand der eigenen Kollegen hatte er viel zu leiden. Doch beschloß ihm dies nichts. Im Gegenteil, er ging vielmehr mit größerer Energie an den Ausbau des angefangenen Werkes. Und als die Gründung des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands spruchreif wurde, war er einer der eifrigsten Förderer der zentralistischen Idee, die er auf dem Gothaer Kongress mit bewundernswürdiger Hartnäckigkeit durchzusetzen wollte. Mit freudigem Mut und gehobener Kraft stellte er sich dann in den Dienst des Verbandes. Auf Verbandstagen, bei allen Lohnkämpfen, die die Maurer in Zwickau durchzuführen hatten, und sonstigen schwierigen Fragen galt Alfred Heinze als ein gewissenhafter und starrer Berater, so daß seine Stimme im Rate viel galt. Ueberall, wo es not tat, griff er in unheimlicher Weise, und dabei allen Gefahren, welche die Zeit bot, trotzend, helfend ein. Die Maurerorganisation in Zwickau auf ihre jetzige Höhe gebracht zu haben, ist daher wohl zum guten Teil dem unangesehnten und eifrigen Wirken des dahingegangenen Kämpfers zuzurechnen. Leider konnte er an den errungenen Vorteilen infolge der inzwischen eingetretenen schweren und langwierigen Erkrankung nur wenig Anteil nehmen; er begnügte sich um so mehr mit der Tatsache, daß sein Wirken doch gute Früchte getragen hatte. Die Zwickauer Maurerschaft verlor in Alfred Heinze einen ihrer besten Kämpfer; sie hat deshalb alle Ursache, diesen Namen hoch in Ehren zu halten.

Fliesenleger.

Breslau. Am 6. Februar tagte im Gewerkschaftshaus unsere Generalversammlung. Der Sektionsvorsitzende gab den Jahresbericht. Er hob vor mit den Unternehmern in einem Tarifverhältnis standen, waren wir doch gezwungen, Kämpfe zu führen. Verschiedene Unternehmer glauben sich nicht an den Tarif halten zu brauchen, da die Arbeitslosigkeit in unserem Gewerbe ziemlich stark war. Infolgedessen mußten wir die Firmen Notstand und Niederlage sperren. Nach dreitägiger Arbeitsruhe sehen sich die Unternehmer gezwungen, den tarifmäßigen Lohn weiterzugeben. Ebenfalls mußte die Firma Kämpfe wegen Mangelzahlung eines Kollegen gewährt werden, der seinen Gehalt „beleidigt“ hatte, indem er seine tarifliche Montagegehalt für auswärtige Arbeiter verlangte. Auch diese Sperre wurde durch das solidarische Zusammenhalten der Kollegen nach drei Tagen zu Ende geführt. Der gemäßigtere Kollege wurde wieder eingestellt, und der Tarif wieder anerkannt. Alles dies war schon das Vorzeichen zu unserer Arbeiterbewegung. Am 1. September lief unser Vertrag ab; aber schon am 27. kauft kundigsten ihr die Unternehmer und stellen uns verschiedene Verschlechterungen in Aussicht, u. a. eine Lohnreduzierung von 20 pSt., angeblich aus „Liebe zu den Gegnern“, die man dadurch vor der auswärtigen Konkurrenz schützen wolle. Unsere Kollegen hatten aber kein Verständnis für solche Güte, sondern stellten am 1. August die Forderung auf, eine Lohnreduzierung von 20 pSt. und Verkürzung der Arbeitszeit. Am 25. August fand eine Verhandlung mit den Unternehmern statt, die aber ohne Resultat verlief, da die Unternehmer auf ihrem Vertragsentwurf beharrten. Dadurch mußte es zum Streik kommen. Am 1. September legten unsere Kollegen einstimmig die Arbeit nieder. Nach vierzehntägigem Streik kam es zur Verhandlung. Dabei wurde der Stundenlohn für das erste Vertragsjahr um 5 3/4 pro Stunde und für das zweite wieder um 5 3/4 erhöht; die Arbeitszeit wurde um 5 pSt. erhöht, und die Arbeitszeit um eine halbe Stunde verkürzt. Dieses Resultat der Verhandlung wurde am 17. September von unseren Kollegen angenommen. Am 17. September wurde auf der ganzen Linie die Arbeit wieder aufgenommen. Bekannt ist, daß sich in den letzten Tagen des Streiks die „rühmlichst“ bekannten Rauscher Freudenberg und Oswald hier einfanden. Wegen ihrer auch „rühmlich“ bekannten Arbeit und anderen Dingen wurden sie indessen bald entlassen, so daß sie eben so wie in Nürnberg wegen unbedingter Entlassung klagten, vor dem Gewerbegericht aber ihre Klage wieder zurücknahmen. — Sektionsversammlungen wurden im vergangenen Jahre 13 abgehalten, wovon einige sehr schwach besucht waren. Kollegen, wir können nicht auf

den errungenen Vorbeeren ausruhen; denn unser Ziel ist vorwärts gerichtet. Deshalb muß jeder Kollege seine Kraft in den Dienst der Organisation stellen. Zum Vorwissen wurde Kollege Hermann Freitag, Hirschstraße 44, 3. St., gewählt. Alle Korrespondenzen wolle man an diese Adresse richten. Zum Kassierer wurde Kollege Paul Kahldeutscher einstimmig wiedergewählt. Im „Verständigen“ wurde beschlossen, jeden zweiten Sonntag im Monat unsere Sektionsversammlungen stattfinden zu lassen.

Hannover-Linden. In unserer Generalversammlung am 29. Januar gab der Vorsitzende den Jahresbericht. Danach haben im vergangenen Jahre 18 Mitgliederversammlungen stattgefunden, die zum Teil sehr mäßig besucht waren. Der Redner rügte das. Es genüge nicht, die Beiträge zu zahlen und die Arbeit einigen Kollegen zu überlassen, sondern jeder Kollege müsse danach trachten, die Mängel in unserem Beruf beseitigen zu helfen. Wir müssen uns bereit halten, um gegen die Unterdrückungsgelüste der Unternehmer aufzutreten und unsere Lebenslage zu verbessern. Dem Kassierer wurde Entlassung erteilt. Bei der Vorstandswahl wurde als erster Vorsitzender Paul Gujatus, als erster Kassierer Adam Schmidt gewählt. Der neue Vorsitzende sprach den Wunsch aus, alle Kollegen möchten ihm in der Tätigkeit für die Organisation zur Seite stehen. — Beim Punkt „Beschiedenes“ wurde darauf hingewiesen, daß der Hannoverische Tarif, einige kleine Städte ausgenommen, der schlechteste in ganz Deutschland sei. Die Kollegen wurden durch die Herbeischaffung des Materials und die niedrigen Abfahrgelöhne von den Unternehmern bis aufs äußerste ausgenutzt. — Den Verbandstagsdelegierten wurde der Wunsch mit auf den Weg gegeben, sie möchten dafür eintreten, daß die Fliesenleger einen eigenen Vertrauensmann erhalten, der ihre Angelegenheiten leitet und Berichte aus allen Städten entgegennimmt. Zu diesem Zweck möchten sie sich auch mit dem Kollegen Waldheim-Berlin in Verbindung setzen. Der Vorsitzende sprach noch den Wunsch aus, die Kollegen möchten in Zukunft die Versammlungen fleißiger als bisher besuchen.

Isolierer und Steinholzleger.

Hamburg. Am 6. Februar hielten die Isolierer ihre mäßig besuchte Generalversammlung ab. Der Kassierer gab die Abrechnung vom vierten Quartal. Die Einnahme beträgt M. 881,82, die Ausgabe M. 809,95, bleibt ein Kassenbestand von M. 71,87. Dem Kassierer wurde einstimmig Dedargerte erteilt. Hierauf wurde der alte Vorstand einstimmig wiedergewählt. Bei Punkt „Situation“ wurde bekannt gegeben, daß die Revision der drei verurteilten Kollegen auf Anraten des Wertebürgers zurückgezogen ist; es wurden jedem von ihnen M. 30 auf der Lohnliste bewilligt; ferner wird das auf drei ausgegebenen Sammelkassen einfließende Geld prozentual unter sie verteilt. Ueber den neuen Reichstaxi der Unternehmer wurde lebhaft debattiert. Bei einigen Firmen ist er schon in Kraft getreten und teils von den Kollegen unterschrieben worden. Die Abfahrgelöhne sind nach den darin enthaltenen Klauseln weit trauriger als die, die uns vor der Ausperrung 1909 aufgezogenen werden sollten. Für unsere Organisation bedeutet dieser Reichstaxi eine Stärkung; denn die unsicheren und „wid“ herumlaufenden Isolierer, die es zurecht genug hier gibt, fühlen sich jetzt gemühtig, ihre Aufnahme in den Verband zu bewirken und zu versprechen, ihre Verpflichtungen möglichst wieder gut machen zu wollen. Es wurde ferner jedem Kollegen zur Pflicht gemacht, rege Agitation zu treiben.

Oberhausen-Duisburg. (Der Isolierer Nachtquartier.) — Im „Grundstein“ Nr. 4 ist unter „Des Maurers Nachtquartier“ von einem Uebel in der Ostmark die Rede. Viel schlimmer sieht es in dieser Beziehung in Rheinland und Westfalen mit den unorganisierten Isolierern aus, die ihre Nächte in Kesselfabriken zubringen, damit sie wenigstens durch Vererbung der halben Nacht als Arbeitszeit zu ihrem Brot kommen. Dies wird ihnen nicht von den Unternehmern aufgezogenen, sondern es ist ihr eigener Wille; denn wenn sie sich der Organisation anschließen, wäre es gar nicht so schwer, bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erringen. Doch dafür sind sie sehr schwer zu gewinnen, ja sie geben den Organisierten schon und feige aus dem Wege. Wären die den „Grundstein“ lesenden Maurer ihr Augenmerk auf diese Leute richten und dafür sorgen, daß auch sie zur Vernunft kommen. Guter für viele.

Zentralfrankenkasse.

(„Grundstein zur Einheit“.)

In der Woche vom 6. bis 12. Februar sind folgende Beiträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Hamburg M. 600, Novaweg 500, Kirch-Steinbof 200, Hausberg 200, Müffelbof 200, Handbolsheim 100, Springe 100. Summa M. 2100.

Zufüsse erhielten: Cöln a. Rh. M. 400, Mittel-Weißelbof 400, Weissenau 300, Dortmund 200, Graudenz 200, Königsherg l. Br. 200, Winkeln 200, Mühlbof 200, Eudenwalde 200, Rodum 150, Rietmahl 150, Mariandorf 150, Warborn 150, Oberau 150, Rangelsthoib 150, Regel 100, Offen a. d. Ruhr 100, Leibniz-Bohls 100, Wiedburg 100, Gartshausen 100, Würzburg 100, Cranke 100, Wühlbad i. Hessen 100, Laufen a. Neckar 100, Eberghöfen 100, Niederbreitig 60. Summa M. 4260.

Altona, 12. Februar 1910.

Karl Reiff, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Anfälle, Arbeiterschutz, Submissionen usw.

Kollegen! Unterlaßt nie, von Müllern, Bauchmüllern, überhaupt von allen wichtigen Vorkommnissen auf den Baustellen schnellstens einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

Abrechnung der Zentralfrankenkasse für Arbeiterschutz. Die Abrechnung umfaßt die Zeit vom 1. Januar 1909 bis 15. Januar 1910. Einnahmeh.

| | |
|--|------------|
| Kassenbestand vom Jahre 1908 | M. 509,11 |
| Vom Zentralvorstand der Bauarbeiter für Beiträge | 1425,36 |
| Büchhauer | 30,- |
| Druckerei | 128,06 |
| Glafer | 94,84 |
| Holzarbeiter | 140,- |
| Maler | 780,18 |
| Maurer | 3851,64 |
| Metallarbeiter | 480,- |
| Steinarbeiter | 889,62 |
| Steinleger | 208,06 |
| Stuckateure | 160,82 |
| Töpfer | 120,- |
| Zimmerer | 1087,90 |
| Von der Bauarbeiterschuttkommission in Mannheim | 51,40 |
| Summa | M. 9444,89 |

Ausgabe.

| | |
|--|------------|
| Pol. 1. Für Gehalt des Sekretärs | M. 2800,- |
| 2. Hilfsarbeit im Bureau | 114,05 |
| 3. Beitrag an die Unterstützungsbereitigung | 36,- |
| 4. Agitation und Vertretung auf Konferenzen | 1092,10 |
| 5. Druckkosten | 3716,20 |
| 6. Buchbindarbeits | 5,25 |
| 7. Literatur und Zeitungsbörsen | 273,47 |
| 8. Schreibmaterialien | 39,05 |
| 9. Porto und Bestellgeb. | 217,17 |
| 10. Sitzungsentlohnung | 48,75 |
| 11. Bureauanteile, Reinigung usw. | 380,- |
| 12. Beitrag an die „Gesellschaft für soziale Mission“ | 10,- |
| 13. Feuerversicherung | 5,40 |
| 14. 14 eiserne Kleiderbüchse und eine Waidemrichtung | 267,- |
| 15. einen Kragen, etliche photographische Aufnahmen usw. | 21,80 |
| Kassenbestand für 1910 | 424,65 |
| Summa | M. 9444,89 |

Bilanz.

| | |
|----------|------------|
| Einnahme | M. 9444,89 |
| Ausgabe | 9020,24 |
| Restband | M. 424,65 |

Hamburg, den 24. Januar 1910. Otto Friedrich, Kassierer, Hamburg, Wesenbüchhof 57. Revidiert und für richtig befunden: Otto Franz, Gust. Mohnt, Rehsoren.

Breslau. Am 5. Februar brach auf dem Bau Gräbchenstraße 90/94a das über der Einfahrt befindliche, aus schlechtem Material hergestellte Gerüst unter der Last des darauf aufgestellten Materials zusammen. Ein Isolierer, ein Bauarbeiter und ein Maurerleibling stürzten ab und trugen mehr oder weniger schwere Verletzungen davon. Alle drei wurden im Krankenhaus des gegenüberliegenden Hofes verbunden.

Erfurt. Am 4. Februar riß am Neubau der Lampenfabrik von Kühner & Engelmann das Drahtseil an einem Aufzug mit Motorbetrieb. Die daran hängenden drei mit Kalkmörtel gefüllten Kästen stürzten aus einer Höhe von 3 m hinab und verletzten den auf dem Aufzug dienenden Bauarbeiter. Glücklicherweise waren die Verletzungen nur leichter Natur, so daß sich der Arbeiter noch selbst nach dem Krankenhaus heben konnte.

Göttingen. Auf dem Neubau Kneife in der Bergstraße wurde dem Maurer Roth beim Ubersetzen einer Tracht Steine ein Finger berast gequetscht und er außerdem so schwer am Kopfe verletzt, daß er sich in ärztliche Behandlung begeben mußte. Der Unfall ist in erster Linie auf die Mühserei bei der Arbeit zurückzuführen. Es muß Aufgabe der dortigen Maurer sein, für eine vernünftige Arbeitsmethode zu sorgen.

Greßhauheim. Von der im Bau begriffenen evangelischen Kirche stürzte eine Giebelwand ein und begrub unter den Trümmern vier Maurer. Einer war sofort tot, die anderen wurden schwer verletzt.

Marienwerder. Hier wurde der Oberpostkassier G. Brandt von einem schweren Unglücksfall betroffen. Als er sich an einem Neubau der Moonstraße aufhielt, fiel plötzlich ein schwerer Rantholz aus den Kopf, das er bewußtlos zusammenbrach. Er wurde sofort nach Hause transportiert, wo zwei Ärzte sich um ihn bemühten. Erst nach etwa drei Stunden erlangte der Verunglückte das Bewußtsein wieder. Der Unfall ist eine traurige Folge der Tatsache, daß Schutzhelme an diesen Orten ganz unbekannt sind. Auf unsere Eingaben um Arbeiterschutz hielt der Regierungspräsident bis jetzt nicht einmal eine Antwort für nötig. Wahrscheinlich müssen erst größere Unfälle eintreten, ehe Abhilfe geschaffen wird.

Nordenham. Am 7. Februar wurden auf dem Neubau des Unternehmers Budjer beim Transport eines schweren Wasserbehälters dem Maurer Wepler der Mittel- und Ringfinger erheblich gequetscht und einem Bauarbeiter von den beiden Fingern je ein Glied ganz abgequetscht. Der Unternehmer leitete den Transport selbst. Der Unfall entstand dadurch, daß die beiden den Behälter vorn hoch

haben wollten, während drei Mann hinten nachschoben, um ihn vorwärts zu bringen. Der Unternehmer hätte als Aufsichtsführender die Gefahr, in der sich die beiden Verunglückten befanden, sehen und sie verhindern oder aber dem Transport fernbleiben müssen; denn bei solchen Transporten ist die Hilfe des Aufsichtsführenden und der Arbeiter das erste Erfordernis zur Vermeidung von Unfällen.

St. Petersburg i. G. Am 8. Februar ereignete sich am Neubau des städtischen Logierhauses auf der Sporeninsel ein Baumunglück, indem beim Umkippen eines Kollwagens mit Beton auf eine schlecht abgeprägte Schalung diese nachgab und mit drei Arbeitern in die Tiefe stürzte. Glücklicherweise erlitten diese nur kleinere Verletzungen. Die Schuld wird auf die Nachlässigkeit der Aufsichtsbearbeiter geschoben.

*** Sind Baukontrollen aus dem Arbeiterstande notwendig?** Am 27. August ereignete sich in Augsburg beim Aufrihten eines Dachstuhls an einem Fabrikneubau ein schweres Baumunglück, bei dem ein Bauarbeiter, Vater von sechs Kindern, getötet wurde und fünf weitere Arbeiter, mehr oder minder schwere Verletzungen erlitten. Das Unglück ereignete sich durch Zusammenbruch eines Gerüsts, das aus schlechtem Material hergestellt war und das die ihm zugemutete Last nicht tragen konnte. Unter der Anlage der schlaffen Tötung und Körperverletzung hatte sich nun am 27. Januar der Bau des Gerüsts beaufsichtigende Polizei **Fraun** vor dem Landgericht Augsburg zu verantworten. Erwiesen wurde, daß zu dem Gerüstbau morsches, nicht mehr tragfähiges Holz verwendet worden war. Weiter wurde aber auch erwiesen, daß sich die städtische Baukontrolle während dreier Tage — so lange wurde an dem Gerüst gebaut — nicht hatte sehen lassen. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu einem Monat Gefängnis, wobei es sich auf den Standpunkt stellte, daß weder die bauausführende Firma, noch die magistratische Baukontrolle ein Verschulden treffe. Die Baukontrollen könnten nicht stets gegenwärtig sein. Der Standpunkt des Gerichts ist nicht recht verständlich. Wenn festgestellt wurde, daß die Firma mangelhaftes und schlechtes Material lieferte, und das Gerüst deshalb einstürzte, so trifft sie doch ein schweres Verschulden. Daß morsches Holz nicht tragfähig ist, weiß jeder. Gegen die Anstellung von Baukontrollen aus dem Arbeiterstande machen unsere Schrammherren und mit ihnen im Verein die Regierungsbehörden geltend, daß sie der fachtechnischen Kenntnisse für dieses Amt ermangeln. In dem Falle wird erklartet bezeugen, wie fadenförmig diese Abrechnungsgründe sind. Baukontrollen aus dem Arbeiterstande hätten sicher beurteilen können, daß morsches Holz nicht zum Gerüstbau taugt; und sie wären auch sicher etwas fester mit der Baukontrolle getreten, als die städtische Baukontrolle.

Verschiedenes.

*** Der Mut zur Mähigkeit.** Kürzlich erhielten wir ein kurioses Schreiben. Es war eine bewegliche Klage eines älteren Kollegen über seine bösen Erfahrungen im Kampfe gegen den Schnaps. Seine Arbeitskollegen hänselten ihn, stichelten und trieben den bekannten Lutsim. Das ertrug unser Briefschreiber mit dem Stoizismus eines altchristlichen Märtyrers. Aber dann wurde man bösartiger; Schabernack, schließlich sogar Tätlichkeiten gegen ihn waren an der Tagesordnung. Doch er ließ sich nicht irren machen und blieb ein Feind des Julets. Da ging einer seiner Quäler so weit, den Koller um die Entlassung des unbekümmerten Wähners zu bitten. Glücklicherweise wurde das durch das Eingreifen der Organisation verhindert. Wir nennen weder den Ort noch die Namen. Es ist möglich, daß noch manches an dem Falle anders liegt, als der Kollege uns schreibt. Ganz unwahrscheinlich ist der Fall aber nicht, und wir ermahnen ihn, um die Kulturlosigkeit zu beleuchten, die noch so manchem Arbeiter anhaftet. Es gehört wirklich sehr viel Mündigkeit dazu, um einen Menschen, wegen seiner Weigerung, seinen Schnaps zu trinken, zu belästigen. Und vollends, wenn das auf der Arbeit geschieht. Sowie Achtung vor dem Rechte jedes Menschen sollte wahrlich längst Allgemeinut sein, um sich nicht in die persönlichen Angelegenheiten anderer hineinzumischen. Sogut Der uns mitgeteilte Fall zeigt, wie sehr viel noch daran fehlt. Denn dieser Fall ist typisch, wie jeder beurteilen kann. Möge sich keiner durch Hänseleien vom Kampfe gegen den Julef, der jetzt die Pflicht jedes aufgelernten Arbeiters ist, abhalten lassen, und wo man etwa zu solchen Mitteln greift, wie gegen den Kollegen, von dem wir hier reden, da stelle man die Menschen, die sich ihrer in ihrer Unwissenheit und Rohheit bedienen, an den Pranger.

So sind sie.

Die Kette brach. Ein Krach — ein dumpfer Schrei!
Ein halbersticker Fluch. — Die Kameraden
Zurücksetzt es sich. Dann springen sie in Haß
Nach jener Unglücksstelle, wo der Träger
Herunterfrachte. Bohlen knickte und
Mit dumpfer Wucht auf Mauersteine stieß
Wo Albert stand.

Der lehnt am Pfeiler; seine
Entblößten Zähne knirschen; Meine Hand —
Und grimmig rollen seine großen Augen.

Verflucht — hierher! Und einer stemmt die starke
Gebärmte Schulter unter's Eisen. Selbst
Umklammern rauhe Hände fest die Last
Und drücken hoch.

Bermalm und formlos hängt

Das blühige Fingerbündel schlaff am Arm.
Die rechte Hand. Und Albert schlägt mit der
Geballten Linken vor die blasse Stirne.
Der Techniker erhebt Befehle, stolpert
Nervös zum nächsten Telefon und treibt
Die hilfswilligen Kameraden, die
Beuhutiam die zermalmenen Fingergeleber —
Die furchtlos in die Zukunft greifen wollten —
Mit schlechtem Notverband zusammenwickeln.

Begleitet mich. Ich will nicht fahren. Kommt!
Noch eh' der Wagen naht, verlassen sie
Den Bau. Zu welchem Orte?

Zus Krankenhaus.

Der Weg geht aber dort hinaus —
Ich weiß —
Will erst zur Redaktion.

Zum Donnerwetter!
Bis dahin hast du dich verblutet, Mensch —
Was liegt daran? Macht schnell — zur Redaktion.

Und stumm geleiten beide Kameraden —
Den Schwerverletzten bis zu mir hinauf.
Das blutgetränkte dicke Bündel hält
Der Mann mit seiner Linken vor der Brust.
Er nickt nur ab und zu, als die Begleiter
Mit rauhen Worten schlicht berichten, wie
Die Kette riß, und seine brave Rechte
Das schwere Eisen traf, und wie sie dann — —
Doch zornig fiel ich ihnen in die Rede:
Warum sie mir den Mann gebracht und nicht
Dem Arzt?

Da wandte Albert sich zu mir:
Verzeihen Sie, Herr Redakteur: ich wollte
Das Volksblatt doch zuerst in Kenntnis setzen.
Ein anderer mag ja dann zum Käseblättchen,
Zum Kreisblatt gehen. Das Volksblatt kommt quers!
Und dann der Arzt!

Weiß Ihre Frau? — Da traten

Ihm große blasse Tropfen auf die Stirne.
Er küßte sich auf seine Kameraden
Und wandte bleich und still zur Tür hinaus. —
Du tapfer Held! Seht, das sind unsre Leute!
Die jeder dumme Lasse roh, brutal,
Begehrlich, feige, egoistisch nennt!
Die Hand verloren — erst zur Redaktion. —

Und schlägt ihr diese in beide Hände ab,
Ihr hättet Grund, dem Krüppel auszuweichen,
Der sich bewußt, daß er nicht Guretschleichen,
Die ihr verächtlich auf ihn niederblickt.

Karl Zetke.

Eingegangene Schriften.

„Der Schrittschneise“, Organ des Arbeiter-Stenographen-
verbandes, „Stolz-Schrey“, Nr. 1 ist im Verlag von
F. Hagenow, Hamburg, Hammerbrookstr. 73, 1. St.,
erschienen. Er bringt Lesestoff in stenographischer Schrift und
wird den Mitgliedern des Verbandes kostenlos geliefert.

Briefkasten.

(Anfragen in Sachen des bürgerlichen Rechts beantwortet wir
nicht, ebenso erteilen wir keine briefliche Auskunft, auch nicht, wenn
Wittatort beigestellt ist.)

* Von dieser Nummer werden einige Hundert Exemplare
für die G i n d e auf bestem Papier gedruckt. Bestellungen
darauf werden erbetigt, soweit der Vorrat reicht.

Einbanddecken zum „Grundstein“ für 1905 und 1906
wünscht Kollege **Friedrich Poth**, Freiburg i. Br.,
Poststr. 16. Wer noch welche hat, wolle ihn Mitteilung machen.

Krankenhaus, Gastrop. Solche Sachen können wir
ohne Stempel der Organisation nicht aufnehmen.

Verford. Die Versammlungsanzeigen müssen für jede
Versammlung erneut eingeleitet werden.

G. C. 100. 1. Den Meistertitel darf nach § 133 der
Gewerbeordnung nur führen, wer das 24. Lebensjahr zurück-
gelegt und die Meisterprüfung bestanden hat. — 2. Was in
dem Verträge steht, muß gehalten werden. — 3. Wenn die Frau
in einem der Versicherungspflicht unterliegenden Betriebe arbeitet,
muss sie Marken führen. Der freiwillige Eintritt in die
Versicherung ist nach dem 40. Lebensjahre nicht mehr statthaft,
wohl aber können Personen, die schon versichert sind, sich beim
Austritt aus einem versicherungspflichtigen Betriebe freiwillig
weiter versichern.

Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zwei-
vereins- bzw. Bezirks- oder Sektionsvorstände angenommen
Geschäftsanzeigen find ausgeschlossen.

Anton Reinbold, geboren am 18. Juni 1873, wird
nach Hause zu kommen oder seinen Aufenthalt anzugeben,
da sein Vater gestorben ist. Kollegen, die seinen Aufenthalt
kennen, mögen ihn auf diese Anzeige aufmerksam machen oder
an Unterfertigten seine Adresse mitteilen.

Jos. Bergmann,
Fürstenaufbruch i. Bay., Feldstr. 427, 1. St.

Otto Röschke, geboren am 9. November 1874 zu
Kamenz i. S., wird von seinem
Bruder wegen Erbschaftsregelung gesucht. Wer den Aufenthalt
des Genannten kennt, wolle dies an **Karl Röschke**,
Kamenz i. S., Weststr. 18, mitteilen. [M. 150]

Adressenänderungen.

(V bedeutet Versender, K Kassierer, L Verkhebetat, H Herberge,
Zu Bestenunterstützung wird angesehen bei)

Post-Versender. V Gustav Reinitz, Friedrichstr. 82,
K. Stanislaus Platz, Schüttdachstr. 16.

Zentralfrankenkasse der Maurer usw.
Oranienburg. V Otto Krape, Kurfürstenstr. 16, 2. St.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle des Verbands-
mitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem
Todesen Mitteilung gemacht wird. Die Beile sollte 16 A.)

Altsiedt. Am 11. Februar starb unser treuer Kollege
Gottfried Thieme im Alter von 66 Jahren
an Magenminderleiden.

Suzhau. Am 12. Februar starb unser Kollege
Heinrich Fischer aus Allenwalde im
Alter von 39 Jahren an Influenza.

Danzig. Am 5. Februar starb der Kollege **Franz
Meyer** im Alter von 40 Jahren an Rückenmarks-
leiden.

Dresden. Am 11. Februar starb unser Verbandskollege
Oswald Treppt aus Färbergerkborf im
Alter von 38 Jahren an Kehlkopfentzündung.

Franfurt a. M. (Zahlstelle Raagenfeldstr.)
Am 10. Februar fanden beim Einzug eines Giebels
die Kollegen **Konrad Schneider** im Alter
von 32 Jahren und **Fritz Ungermann** im
Alter von 31 Jahren ihren Tod.

Saainover. Am 7. Februar starb nach langem Leiden
unser Mitglied **August Strassburg** im Alter
von 38 Jahren an Lungenleiden. — Am 10. Februar
starb nach kurzer Krankheit unser Mitglied **Ernst
Kerkhof** im Alter von 58 Jahren.

Kiel. Am 27. Januar starb unser Kollege **A. Riese-
beck** im Alter von 46 Jahren an Lungenleiden.

König. (Zahlstelle Mittenborn) Am 11. Februar
starb unser treuer Verbandskollege **Albert Schulz**
im Alter von 34 Jahren infolge eines Gehirnlleidens.

Leipzig. Am 8. Februar starb unser Kollege **August
Berek** im Alter von 51 Jahren an Lungenüber-
fülle.

Lübben (N.-L.) Am 11. Februar starb nach langem
Leiden unser Mitglied **August Jauerka** im
Alter von 35 Jahren an Herzfehler.

Mainz. (Zahlstelle Hechtshelm.) Am 10. Februar
starb nach längerem Leiden unser Verbandskollege
Joseph Orth im Alter von 54 Jahren an
Magentrebs.

Meißen. Am 10. Februar starb unser Verbandsmitglied
August Nietner im Alter von 42 Jahren durch
Unfall.

Wittenwalde. Am 7. Februar starb unser langjähriger
Kollege **Wilhelm Lehmann** im Alter von
58 Jahren.

Wittenhausen i. G. Am 9. Februar erkrankt unser alter
Kollege **Emanuel**, genannt **Emil Smarsky**,
aus G. L. Er war 18½ Jahre Mitglied und
jederzeit beliebt.

Scherburg. Nach langem, schwerem Leiden starb am
11. Februar unser langjähriger Verbandskollege und
Mitbegründer unseres Zweigvereins **Heinr. Witte**
im 68. Lebensjahre.

Treuenbriegen. Am 10. Februar starb nach langem
Leiden unser treuer Kollege **Otto Lintow** im
Alter von 44 Jahren an Gehirnerweichung.

Würgen. Am 10. Februar starb unser Verbandskollege
Hermann Thiele im Alter von 43 Jahren an
Herzschlag.

Chre ihrem Andenken!

Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle
Versammlungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonnabend, den 19. Februar.
Bergedorf. Abends 8 Uhr im Lokale des Herrn Otto Wandke.

Sonntag, den 20. Februar.
Lübben i. d. N.-L. Nachm. 2 Uhr im Vereinslokal.
Striegau. Nachm. 3 Uhr im Gasthof zum „Fisch Wismar“. Z.-O. Bericht-
erstattung von der ersten Verhandlung. Mitgliedsbücher find
mitzubringen.
Schivelbein. Nachm. 2 Uhr. Wichtige Tagesordnung.
Wiesenburg. Nachm. 2 Uhr im Vereinslokal. Wichtige Tagesordnung.

Montag, den 21. Februar.
Hamburg. (Sektion der Bementierer und Kunststeinarbeiter.)
Abends 8½ Uhr im Gewerkschaftshaus, Wandtehall.

Donnerstag, den 24. Februar.
Pinneberg. Abends 8 Uhr bei Ledowski.

Sonnabend, den 26. Februar.
Strehlen. Abends 7½ Uhr im Klubheim beim Gastwirt John (Wohlfühlklub)
für die Kollegen in Strehlen und Zülzsch.

Sonntag, den 27. Februar.
Bleekede. Nachm. 3 Uhr. Z.-O. Vorstandswahl. Referent anwesend.
Coln. Vorm. Punkt 11 Uhr Generalversammlung im Volkshaus. Z.-O.
Bericht vom ersten Verbandszuge. Berichtbeleg. Mitgliedsbuch
legitimiert.
Herford. Vorm. 10 Uhr. Mitgliedsbuch mitzubringen.
Hofheim. Nachm. 3 Uhr bei Karl Hubert in Rieber-Zugelheim.
Z.-O. Jahresbericht und Rechnung. Wagt des Vorstandes
Berichtbeleg.
Lychen. Nachm. 3 Uhr bei Herrn Robert Deltow, Bogelgangstr. 181.
Swinemünde. Nachm. 3 Uhr bei Dörge, Grünestraße.
Strehlen. Nachm. 2 Uhr beim Gastwirt Wende in Ratskeller für die
Kollegen in Zippendorf und Ratzschellen.
Wittstock. Bei Herrn Karl Müller, Herberge. Wichtige Tagesordnung!